

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz



Wissenschaftliche Darstellung und Materialien für den Unterricht

HERAUSGEGEBEN VON DIETER SCHIFFMANN, HANS BERKESSEL UND ANGELIKA ARENZ-MORCH

Widerstand im Koblenzer Raum¹

Wenn in diesem Beitrag vom Widerstand im Koblenzer Raum² die Rede ist, geht es hier um das nördliche Rheinland-Pfalz mit Ausnahme des Raumes um Trier und des Westerwaldes.

Diese Eingrenzung des Koblenzer Raums als das Gebiet des „alten“ Regierungsbezirks Koblenz sowie als südlicher Teil der preußischen Rheinprovinz kann zudem manches erklären: den Sitz der Gestapo(leit)stelle für den Regierungsbezirk Koblenz in Koblenz, die Zuständigkeit des Sondergerichts Köln und (in Hochverratsachen) des Oberlandesgerichts Hamm/Westf. für Koblenz³ (erst 1940 wurde in Koblenz ein eigenes Sondergericht eingerichtet; das OLG Hamm blieb bis 1945 für alle - minder schweren - Staatschutzsachen aus der preußischen Rheinprovinz zuständig). In diesem Gebiet um Koblenz, also von Remagen und Adenau im Norden bis Bacharach, Bad Kreuznach und Birkenfeld im Süden, von Cochem im Westen bis Neuwied im Osten, findet man im Großen und Ganzen die Formen und Gruppen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus wieder, wie man sie aus der einschlägigen Fachliteratur⁴ kennt.

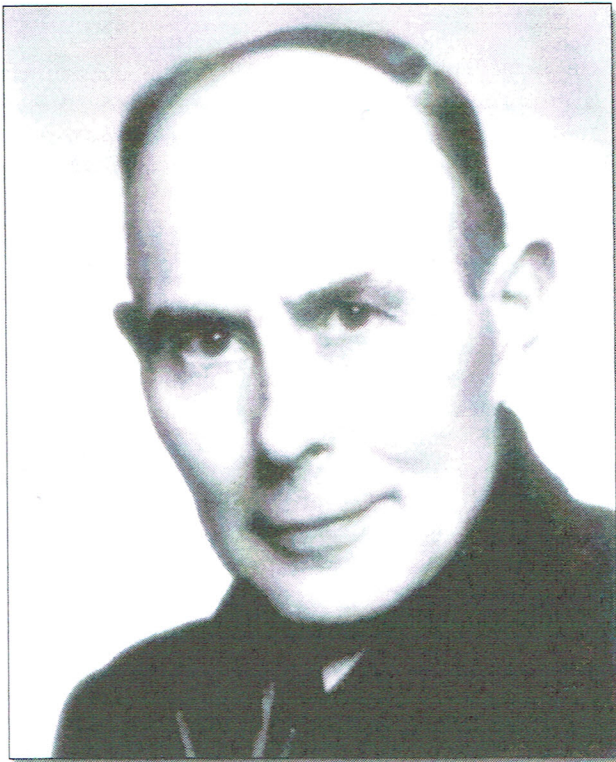
Widerstand von Kommunisten

Der kommunistische Widerstand entstand auch im Koblenzer Raum aus der fundamentalen Gegnerschaft der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zunächst zum „System der Weimarer Republik“ und dann speziell zur NSDAP. Er reichte bis in die örtliche Gliederung der KPD und zu deren Aktivisten. Beispielhaft hierfür sind die Aktivitäten der Ortsgruppe Koblenz des „Rotfrontkämpferbundes“ (RFB). Dieser Bund war eine besondere Wehrorganisation der KPD und schon im Jahre 1929 verboten worden.⁵ Trotzdem war ihre Organisation in Koblenz erhalten geblieben; zur Tarnung nannte man sich „Verein der Naturfreunde“ oder auch „Moselblümchen“.⁶ Entsprechend ihrer Zielsetzung bildete sie ihre Mitglieder militärisch aus, teils in theoretischen Instruktionstunden, teils in Übungen auf freiem Feld, wie auf der Karthause und auch bei Ehrenbreitstein. Mitglieder des RFB gehörten zu den etwa 80 Kommunisten, die unmittelbar nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar und 1. März 1933 in Koblenz und Umgebung in „Schutzhaft“ kamen. Sie wurden zum Teil erst nach einigen Monaten wieder freigelassen. Im Laufe des Jahres 1933 spürte man die Ortsgruppe des RFB auf. Zwölf ihrer Mitglieder wurden u. a. wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und sechs von ihnen mit Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 22. August 1934 zu Gefängnisstrafen von mehr als einem Jahr verurteilt.

Der geschichtsträchtige 28. Februar 1933 wurde auch einem

anderen Koblenzer zum Verhängnis. An jenem Tag war der erwerbslose Arbeiter Josef Nax mit dem Fahrrad von Koblenz nach Mayen unterwegs.⁷ In seinem Rucksack hatte er ein Paket mit 30 - 40 Druckschriften wie „Die Rote Rheinarmee“ oder „Rote Kampfmunition“, die er der KPD-Ortsgruppe aushändigen sollte. Ehe es dazu kam, wurde er spätabends in Mayen von zwei Polizisten angehalten. Nax war ihnen aufgefallen, weil er ohne Licht fuhr. Schnell entdeckten sie bei ihm die Zeitungen, die vor allem für eine antifaschistische Einheitsfront unter Führung der KPD warben. Die Parolen lauteten beispielsweise: „Wir roten Frontkämpfer schmieden mit eiserner Faust die proletarische Einheitsfront gegen Faschismus und Reaktion! Kämpft mit uns! Wählt Liste 3!“ sowie: „Her zu uns! Reichsbannerproleten, SPD und christliche Arbeiter! Schupokameraden! [...] Vor der gesamten Arbeiterklasse, gleich ob Reichsbannerkamerad, SPD oder christliche Arbeiter oder Arbeiter im Waffenrock, steht dringender denn je die Schaffung der Einheitsfront. Hört nicht auf die Phrasen eurer Führer, sondern schließt euch mit den kommunistischen Arbeitern zu Straßenselbstschutzstaffeln zusammen, kommt zu den Reserveformationen des RFB.[...] Massenkampf zum Sturz der Kapitalisten-Regierung Hitler-Papen ist unsere Aufgabe, dem Marsch der SA-Horden stellt den außerparlamentarischen Kampf der Roten Einheitsfront entgegen.[...] kämpfende Einheitsfront gegen Hitler, Papen, Hugenberg bedeutet nicht nur Sturz dieses Kabinetts, sondern die Arbeiterschaft wird dabei nicht Halt machen, sondern wird weiter kämpfen bis zum Sturz der Ausbeutergesellschaft und wird auf den Trümmern derselben die Diktatur des Proletariats errichten.“ Diese 30 - 40 Zeitungen, die Nax von Koblenz nach Mayen brachte, waren für das Oberlandesgericht Hamm „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ und Anlass für eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten.

Wohl als erster der Koblenzer KPD-Ortsgruppe wurde Jakob Newinger⁸ am 28. Februar 1933 in seinem Haus in (Koblenz-)Metternich verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen. Später berichtete er⁹ davon, dass an diesem Tag die Straßen wegen des Karnevals voller Menschen waren. Als sie Newingers Verhaftung mitbekamen, protestierten sie dagegen und verlangten seine sofortige Freilassung. Schließlich musste sogar das Überfallkommando herbeigeeufen werden. Es zerrte Newinger unter Protest der umstehenden Menschen ins Auto und brachte ihn ins Polizeigefängnis im damaligen Polizeipräsidium am Kaiser-Wilhelm-Ring (heute: Friedrich-Ebert-Ring). Immer mehr Kommunisten wurden verhaftet. Bald waren die Zellen im Polizeipräsidium so überfüllt, dass man die Inhaftierten ins Koblenzer Stadtgefängnis in der Karmeliterstraße brachte. Auch dort gab es bald keinen Platz mehr.



Der Koblenzer Kommunist Jakob Newinger,
Foto aus den 50er Jahren

Nach und nach wurden Festgenommene wieder entlassen. Es kamen aber auch immer wieder neue „Schutzhäftlinge“ hinzu - vor allem im Juli 1933 im Zusammenhang mit einer vom Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin für ganz Preußen angeordneten umfangreichen Razzia auf Kommunisten. Eine beträchtliche Zahl von ihnen - schätzungsweise 40 „Schutzhäftlinge“¹⁰ - wurde dann im August 1933 in das Konzentrationslager Esterwegen im Emsland verschleppt; sie hatten dort unter dem Koblenzer SS-Sturmführer Emil Faust zu leiden¹¹. Die meisten von ihnen kamen wohl Ende 1933 frei.

Die Nazis standen bei ihren Festnahmen und zum Teil mehrmonatigen Inhaftierungen der Kommunisten unter Erfolgsdruck. So erklärt sich nicht nur, dass - wie Jakob Newinger berichtet¹² - Spitzel und Agenten in die Zellen der Kommunisten gelegt wurden, sondern auch der Versuch, die Kommunisten wegen allgemeiner Delikten zu kriminalisieren. Eine Methode war, ihnen Sprengstoffverbrechen anzuhängen. Die Gestapo machte Newinger einen derartigen Vorwurf und bot gegen ihn sogar einen angeblichen Zeugen auf. Ein Geständnis konnte man Newinger aber nicht abpressen, obwohl die Verhörbeamten eine Pistole an seinen Kopf hielten.¹³

Während Newinger alles abstritt, blieb ein solcher Vorwurf an Peter Beicht aus welchen Gründen auch immer hängen.¹⁴ Er hatte nach seinen Angaben im Jahre 1932 in eine Mineralwasserflasche sechs Patronen getan und sie dann in seinem Garten vergraben. In der Angst, ebenfalls verhaftet zu werden, hatte er am 1. März 1933 die Flasche Freunden aus

(Koblenz-)Lay mitgegeben. Diese wussten damit nichts anzufangen und warfen sie kurz darauf ungeöffnet in die Mosel. Später meinte ein Sachverständiger, dass mit der Flasche vielleicht nur eine Tür hätte gesprengt werden können. Dessen ungeachtet wertete der „Volksgerichtshof“ dies als Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und verurteilte Beicht zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren. Die Layer Freunde von Beicht kamen dadurch ebenfalls in das Blickfeld von Polizei und Justiz. Einige von ihnen hatten im Sommer 1932 in Lay den „Kampfbund gegen den Faschismus“ gegründet und junge Leute für den Eintritt in die KPD zu werben gesucht. Ihr Kopf war Wilhelm Rott.¹⁵ In seinem Haus trafen sich oft Koblenzer KPD-Funktionäre, deshalb nannte man es auch „Klein Russland“. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte in seinem Urteil vom 14. August 1934¹⁶ Beicht und fünf seiner Layer Freunde zu insgesamt 6 ½ Jahren Zuchthaus sowie neun Monaten Gefängnis.

Auch anderenorts wurden Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen, etwa im Kreis Neuwied insgesamt mindestens 16 Personen¹⁷. Im Kreis Ahrweiler kam der frühere Kreisleiter der KPD Eduard Martini am 3. April 1933 in „Schutzhaft“, zunächst ins Polizeigefängnis und später ins Konzentrationslager Sonnenburg bei Küstrin in der Neumark. Am 24. September 1933 kehrte er aus dem KZ nach Ahrweiler zurück. Der Polizeibericht hierüber teilte mit, dass seine Frau und mehrere Kommunisten, „die zurzeit noch aus der „Schutzhaft“ beurlaubt sind“, ihn „in einer offenen Demonstration“ herzlich empfangen.¹⁸

Damit war die Organisation der KPD vor Ort in Koblenz und auch an anderen Orten des Unterbezirks Koblenz fürs Erste zerschlagen. Viele Funktionäre und auch Mitglieder der verbotenen KPD waren in Haft oder untergetaucht oder ins westliche Ausland, ins Saargebiet und später nach Frankreich oder Belgien, geflohen. Die Massenverhaftungen im Zuge des Reichstagsbrandes trafen den ohnehin schwachen Bezirk insgesamt und auch die einzelnen Kommunisten in den kleineren Städten und auf dem Land besonders schwer, waren diese doch nur eine Minderheit und in der Regel stadt- und ortsbekannt.¹⁹ Für den Unterbezirk Koblenz schätzte man, dass 20% bis 50% der Mitglieder in Haft waren. Zudem wurde der bisherige Pol. Leiter (Politischer Leiter) des Bezirks, Bernhard Bästlein, wegen interner Spannungen abgelöst und kurz darauf verhaftet. Zu diesem Zeitpunkt waren „bereits drei Garnituren von Oberinstruktoren [...] durch die Verhaftungen verloren“ gegangen. Das hatte sicherlich seinen Grund auch darin, dass sich unter den Leitern des Bezirks ein Spitzel befunden haben soll.²⁰

Die Leitung der KPD bemühte sich trotz dieser Schwierigkeiten und Rückschläge erneut, die Organisation aufzubauen. Der Wiederaufbau des Unterbezirks Koblenz wurde von Neuwied aus organisiert, dort - und nicht mehr in Koblenz - sollte der Unterbezirk auch seinen Sitz haben.²¹ Um Pfingsten 1933 suchte ein gewisser Schmidt aus Köln, der als Organisationsleiter für den Vertrieb der illegalen Schriften zuständig war, eine Frau in Neuwied auf, deren Ehemann sich seit März 1933 in „Schutzhaft“ befand. Über

sie versuchte er Kontakt zu anderen Kommunisten vor Ort herzustellen. Dies gelang ebenso wie auch eine Reorganisation der Ortsgruppen in Neuwied und Umgebung. Allerdings war die rührige Polizei in Neuwied schon bald auf die Aktivitäten aufmerksam geworden. Man ließ die Kommunisten noch einige Zeit gewähren, bis man dann am 25. Juli 1933 im Zuge einer umfangreichen Razzia gegen Kommunisten in Preußen auch in Neuwied zuschlug. Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens wurden 27 oder 28 Personen angeklagt. Das damals für Neuwied noch zuständige Oberlandesgericht Kassel bestrafte 21 von ihnen wegen des kaum zwei Monate währenden Diskutierens miteinander, des Verteilens von illegalen Zeitschriften und des Sammelns von Mitgliedsbeiträgen für die verbotene KPD zu insgesamt 15 Jahren Gefängnis sowie 16 Jahren und sechs Monaten Zuchthaus, insgesamt also 31 Jahre und sechs Monaten Freiheitsentzug.²²

Auch anderenorts versuchten die Kommunisten ihre Organisation wieder aufzubauen. Bekannt ist dies für die Koblenzer Altstadt im Häuserblock Görgenstraße/Balduinstraße/Pfuhlgasse. Während sie sich unmittelbar nach der „Machtergreifung“ der Nazis „sehr zurückgehalten“ haben sollen, wurden sie im August oder September 1933 für die Polizei erkennbar aktiv. Wie diese durch einen Spitzel erfuhr, trafen sich dort wohnhafte Kommunisten als Skatclub getarnt zu geheimen Zusammenkünften in einem Haus in der Balduinstraße. Sie verteilten unter sich Flugblätter, erhoben auf der Straße die Faust zum Gruß und sagten sich „Heil Moskau“. Am frühen Morgen des 15. September 1933 wurden elf Personen, darunter eine Frau, festgenommen. Unter dem Vorwurf „Vorbereitung zum Hochverrat“ erging gegen acht von ihnen Haftbefehl.²³ Gegen drei, u. a. gegen den Arbeiter Franz Wolf, erhob die Generalstaatsanwaltschaft Hamm unter dem 15. Februar 1934 Anklage wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wegen Beleidigung. Man legte ihnen zur Last, Handzettel verteilt und andere Personen, vermutlich ebenfalls Kommunisten, getroffen zu haben. Dabei hätten sie den Gruß „Heil Moskau“ verwendet und ihnen als Nationalsozialisten bekannte Personen wiederholt zugerufen: „Wir leben noch und werden uns schon noch an euch Bluthunden rächen!“ sowie „Du Faschistenhund, kommst auch bald dran!“ In dem „provokierenden Verhalten auf der Straße und den Zurufen“ sah die Anklagebehörde den Versuch, die kommunistische Idee zu propagieren und die Gegner des Kommunismus einzuschüchtern. Weiter wurde angenommen, dass sie „durch ihr regelmäßiges Zusammenkommen und durch die Rufe ‚Heil Moskau‘ und ‚Wir leben noch‘ den Zusammenhalt der KPD aufrecht zu erhalten versucht [haben]“.²⁴ Der Ausgang des Verfahrens ist dem Verfasser nicht bekannt.

Nicht wenige Kommunisten waren nach ihrer Entlassung aus der „Schutzhaft“ wieder für die illegale KPD aktiv. Jakob Newinger etwa hielt zu ihm gut bekannten Genossen weiterhin Kontakt. Es waren aber nur lose Sympathiegruppen, die nicht in einer fest gefügten Organisation zusammen gefasst waren. Dies missfiel der Auslandsleitung der KPD in Amsterdam, und sie drängte auf eine erneute

Reorganisation im Bereich Mittelrhein.²⁵ Die Weichen hierfür wurden im Mai 1935 in Amsterdam gestellt. Dort trafen Hans Breuer, Politischer Leiter des KPD-Bezirks Niederrhein und der Politische Leiter des Bezirks Mittelrhein, Karl Mewis (Deckname: „Köbes“²⁶) zusammen. Mewis ernannte Breuer zum Politischen Leiter des Unterbezirks Koblenz. Daraufhin versuchte Breuer, den Unterbezirk neu zu gliedern, hatte aber wenig Erfolg. Ein Grund war sicherlich die ohnehin schwache und weiter geschwächte Organisationsstruktur des Unterbezirks, ein anderer, dass Mewis zwischenzeitlich auf der Flucht war und dadurch keinen Kontakt mehr zum Bezirk hatte. Breuer fuhr dann mit seinem Stellvertreter Johann Wagner, der mit den Koblenzer Verhältnissen besser vertraut war als er, erneut zur Auslandsleitung der KPD nach Amsterdam und erstattete Bericht. Der Bericht der beiden führte zur Ablösung Breuers als Leiter des Unterbezirks Koblenz.

Sein Nachfolger wurde wahrscheinlich Ludwig Vorberg. Er traf Ende September 1935 in Koblenz ein. Über eine erste Kontaktaufnahme kam er aber nicht hinaus. Zwei frühere Kommunisten, die die Gestapo als Spitzel gewonnen hatte, lösten eine neue Verhaftungswelle aus, der insgesamt mehr als 40 Personen zum Opfer fielen. Der Instrukteur Vorberg wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Oberlandesgericht Hamm in einem gesonderten Verfahren zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 21 Kommunisten aus Koblenz und Umgebung kamen in einem Massenprozess ebenfalls vor den Strafsenat in Hamm. 20 von ihnen wurden wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu insgesamt 47 Jahren und drei Monaten Zuchthaus sowie zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.²⁷

Nach diesen Verhaftungen war der Kontakt der Zentrale zu Koblenz abgerissen. Deshalb beauftragte sie Breuer erneut mit der Reorganisation. Dazu wurde der bisherige Unterbezirk Koblenz zu einem selbstständigen Bezirk erhoben, er sollte den unteren Westerwald und das linksrheinische Gebiet bis Bad Kreuznach und Trier umfassen. Breuer wurde Leiter dieses Bezirks. Bei seiner Rückkehr nach Koblenz am 7. Februar 1936 fand er aber keine Verbindungen mehr vor. Alle seine früheren Mitarbeiter waren in Haft. Sechs Wochen später, am 21. März 1936, wurde er ebenfalls festgenommen. Bei ihm fand man mehrere Schriften und Flugblätter, u. a. eines, das sich wie folgt mit den bevorstehenden Vertrauensratswahlen befasste: „Indem wir diese vorgeschlagenen Nazi-Repräsentanten einmütig ablehnen, demonstrieren wir vor der Arbeiterschaft der ganzen Welt, dass wir uns gegen das blutige Naziregime, gegen seine Kolonial- und Kriegspolitik, gegen Lohnraub und Antreiberei, für Fett und Arbeit, für Butter statt Kanonen, für höhere Löhne, bessere Nahrungsmittelversorgung und freiheitliche Rechte, für ein freies, sozialistisches Deutschland, entscheiden.“ - Ein Jahr später wurde Breuer vom „Volksgerichtshof“ zu lebenslangem Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.²⁸

Zwei Kommunisten aus der Umgebung von Koblenz müssen noch erwähnt werden, weil sie ein besonderes Schicksal erlebt und erlitten haben. Der eine ist der auf der

Riedermühle bei Mayen geborene Peter Lamberz²⁹. Schon im Ersten Weltkrieg wurde er wegen „militärischen Ungehorsams“ zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. 1920 trat er in die KPD ein, war seit 1925 Mitglied der Kreisleitung Mayen und seit 1929 Unterbezirkssekretär im Bezirk Mittelrhein. Nach der Machtübernahme durch die Nazis wurde er in Mayen und Koblenz in „Schutzhaft“ genommen und ins Konzentrationslager Sonnenberg gebracht. Nach seiner Entlassung im Januar 1934 war er weiter für die illegale KPD aktiv und wurde mit Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 18. Februar 1935 zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Als „fanatischer“ Kommunist kam er nach der Verbüßung der Haft im Zuchthaus Waldheim nicht frei, sondern wurde weiter in „Schutzhaft“ gehalten, erst im KZ Esterwegen, dann im KZ Sachsenhausen und schließlich im KZ Buchenwald. 1943 zog man ihn zwangsweise ins Strafbataillon 999 ein. An die Ostfront verlegt, gelang ihm im Januar 1944 die Flucht über den Dnepr. Unter dem Feuerschutz sowjetischer Soldaten konnte er trotz einer Fußverletzung, trotz Minenfeld und Stacheldrahtverhau die sowjetische Seite erreichen.³⁰ Sechs Tage später verurteilte ihn das deutsche Feldgericht in Abwesenheit zum Tode. Nachdem er gesundheitlich wieder hergestellt war, wurde er Mitglied des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) und nahm auf russischer Seite am Krieg teil. Nach Kriegsende ging er in die SBZ und beteiligte sich in verantwortlichen Positionen des Staates, in der SED und in der Wirtschaft am Aufbau der DDR. Nach langer Krankheit starb Peter Lambert am 2. August 1968.

Der andere ist der Reichstagsabgeordnete Nikolaus (Klaus) Thielen³¹, 1901 in St. Sebastian bei Koblenz geboren. Bald zog er nach Vallendar um und war Ende der 1920er Jahre Mitglied des Kreistages von Koblenz-Land, dann Unterbezirkssekretär der KPD in Koblenz, Reichstagsabgeordneter sowie Bezirksinstrukteur des Bezirks Koblenz-Trier-Eifel. Der Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand konnte er sich durch die Flucht ins Saargebiet entziehen. Es gehörte damals (noch) nicht zum Deutschen Reich; für die Saar galt das „Saarstatut“ und sie unterstand dem Völkerbund - bis zu dem schon damals vorgesehenen Termin für eine Volksabstimmung. Thielen musste dann aber im Auftrag der Partei 1934 ins Deutsche Reich zurückkehren. Schon einen Tag nach seiner Ankunft in Berlin wurde er mit drei anderen bei einem illegalen Treffen verhaftet. Im Jahre 1935 verurteilte ihn der „Volksgerichtshof“ wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu fünfzehn Jahren Zuchthaus sowie zehn Jahren Ehrverlust.³² Die Strafe verbüßte Thielen im Zuchthaus Siegburg. Die letzte Station seines Lebens erreichte er am 18. November 1943, als er aus dem Zuchthaus ins Konzentrationslager Mauthausen in Österreich verschleppt wurde. Viele Häftlinge dort hatten den Vermerk „R. u.“ („Rückkehr unerwünscht“), wurden oft in der Strafkompagnie zum Tragen von Steinblöcken eingesetzt und dabei entweder erschlagen oder „auf der Flucht“ erschossen. Klaus Thielen's Tod ist ungeklärt. Nach Angaben des KZ soll er am 6. Januar 1944 angeblich an akuter Herzschwäche gestorben sein.



Reichstagsabgeordneter Klaus Thielen (KPD) aus Vallendar/Rhein, Foto um 1930

Schon seit Juli 1933 meldeten die Landräte des Regierungsbezirks und der Regierungspräsident in Koblenz dann weiter an den Oberpräsidenten, dass sie den kommunistischen Widerstand kontrollierten bzw. gebrochen hätten. So heißt es beispielsweise in dem Bericht des Landrats in Bad Kreuznach vom 12. Juli 1933 an den Regierungspräsidenten in Koblenz: „Die Polizeiverwaltungen des Kreises und die mir unterstellten Landjägereibeamten sind von mir wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die polizeilichen Abwehrmaßnahmen gegen erneute kommunistische Organisations- und Propagandaversuche keinen Augenblick nachlassen dürfen. [...] Durch die polizeilichen Maßnahmen, die weitgehendst von den nationalen Verbänden, insbesondere von der NSDAP und von der Hilfspolizei unterstützt werden, sind bisher Ansätze zur Wiederbelebung der kommunistischen Partei im Keime erstickt worden. Noch am 26. vorigen Monats wurden 9 Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen wegen Verdachts der Herstellung und Verbreitung von Flugblättern. Nach langer Zeit wurde in der Nacht vom 24. zum 25. Juni dieses Jahres in Bad Kreuznach ein kommunistisches Flugblatt vertrieben.“³³

Trotz der Massenverhaftungen, gab es noch Kommunisten in der Region Koblenz, die sich immer wieder in kleinen Gruppen trafen und dann auch von Instruktoren angelei-

tet wurden. Mitte der 1930er Jahre setzte sich aber bei der KPD-Führung im Ausland die Erkenntnis durch, dass die bisherige Form des Widerstandes nicht zum Ziel geführt hat und auch nicht zum Ziel führen würde. Zu hoch waren die Verluste unter den Funktionären und den Mitgliedern, nicht selten hatten Spitzel und „agents provocateurs“ die Organisationen und die Aktivisten verraten. Außerdem erkannte man, dass die Einschätzung, Hitler werde sich nur kurze Zeit an der Regierung halten und dann von den anderen reaktionären Kräften und dem Großkapital fallen gelassen und/oder dem „massenweisen“ Widerstand der KPD weichen müssen, nicht zutreffend war. Vor diesem Hintergrund fand im Juli und August 1935 in Moskau der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) statt, der die Politik der Einheits- und Volksfront für alle Sektionen verbindlich festlegte. Die alsbald Anfang Oktober 1935 ebenfalls in Moskau tagenden Vertreter der KPD - aus Tarnungsgründen nannte man dies die „Brüsseler Konferenz“ - übernahmen diesen Kurs. Sie verwarfen die These, die SPD sei „Hauptfeind“ und „sozialfaschistisch“; auch hoben sie den Gegensatz zwischen Demokratie und Faschismus hervor. Dieser Kurswechsel zeigte sich auch vor Ort in Koblenz. Die darauf folgenden Aktivitäten machten zugleich deutlich, dass selbst nach Jahren der Verfolgung die Kommunisten hier nicht „tot“ waren, sondern dass sie weiterhin entschiedenen Widerstand leisteten. Das ergibt sich aus einem Verfahren vor dem „Volksgerichtshof“, der am 10. Juni 1938 den Hauptangeklagten Georg Seidenfuß aus Koblenz zu acht Jahren Zuchthaus und eine Frau Viktoria Reinemuth aus Oberfell zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt hat; der Ehemann Reinemuth, Philipp Reinemuth, wurde in diesem Verfahren wegen einer „schweren Erkrankung“ nicht abgeurteilt.³⁴

Philipp Reinemuth war seit 1932 Mitglied der KPD und galt den Nazis „seit langem als überzeugter und eifriger Kommunist“. Nach dem Reichstagsbrand war er in „Schutzhaft“ genommen und erst im September 1933 entlassen worden. Mitte der 1930er Jahre unterhielt er persönliche Kontakte zu Mitgliedern des Kommunistischen Zentralkomitees (ZK) in Brüssel. Diese schalteten ihn ein, um zu klären, ob die ehemaligen SPD-Funktionäre Friedrich Jung in Rodenbach bei Neuwied und Johann Dötsch in (Koblenz-)Metternich bereit seien, illegal mit ihnen zusammenzuarbeiten. Reinemuth sollte sich Dötsch gegenüber auf den ehemaligen SPD-Funktionär und Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann, der inzwischen emigriert und Grenzsekretär der SOPADE für das westliche Süddeutschland war, berufen.

Den Auftrag des ZK führte Reinemuth nicht selbst aus, sondern beauftragte seinerseits den Hausmeister Georg Seidenfuß. Dieser fuhr mit dem Fahrrad nach Rodenbach, traf dort aber nur den Sohn Friedrich Jungs an. Diesem erklärte er sein Anliegen und warb dafür, dass sich alle Arbeiter auf die Seite der Volksfront stellten. Dabei gehe es - so Seidenfuß - zunächst darum, die Belegschaft in den Rasselsteinwerken, in denen Friedrich Jung seinerzeit arbeitete, auszuhorchen und festzustellen, ob sie zur Mitwirkung bereit sei. Jung jun. wies dieses Ansinnen mit Entrüstung zurück und drohte mit einer Anzeige, die dann auch von

Jung sen. erstattet wurde. Nicht viel besser erging es Seidenfuß, als er am 11. September 1937 bei Dötschs in Metternich vorbeifuhr. Er traf Johann Dötsch, den er persönlich nicht kannte, in seinem Obstgarten an. Als sich Seidenfuß ihm gegenüber auf Emil Kirschmann berief, blockte dieser - wie er später gegenüber der Polizei aussagte - gleich ab: Mit Leuten, die aus politischen Gründen ins Ausland geflohen seien, wollte er nichts zu tun haben. In Deutschland sei eine völlig politische Umwälzung vor sich gegangen; in den neuen Staat habe er sich sehr gut gefunden und er müsse es grundsätzlich ablehnen, sich für irgendwelche staatsfeindlichen Bestrebungen zur Verfügung zu stellen.

Georg Seidenfuß war im Übrigen eine schillernde Person. Seit 1931 war er Mitglied der NSDAP und auch der SA. Warum und wann er Unterstützer der illegalen Aktionen für die Kommunisten wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls unternahm Seidenfuß im Auftrag von Philipp Reinemuth nicht nur die beiden Anwerbeversuche bei den SPD-Funktionären Jung und Dötsch, sondern belieferte Reinemuth auch mit Schriftstücken, die er bei der Gauverwaltung der DAF, vornehmlich aus Papierkörben sammelte. Vermutlich mit von Seidenfuß entwendeten Briefköpfen und mit internen, von ihm beschafften Informationen entstanden Flugblätter der KPD und Berichte in französischen Emigrantenzeitungen. Obwohl ihm der Ursachenzusammenhang mit diesen Publikationen nicht nachgewiesen werden konnte, wurde Georg Seidenfuß für die gescheiterte Kontaktaufnahme zu den beiden ehemaligen SPD-Funktionären und den Funden im Papierkorb der DAF wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerenden Umständen zu acht Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt.

Einige Jahre später gab es einen anderen Widerstand von Kommunisten, die zuvor bereits mehrere Jahre lang Haft in verschiedenen Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern erlitten hatten und denen dann noch ein schreckliches Schicksal bevorstand. Wegen dieser Verfolgung und weil mit Beginn des Zweiten Weltkrieges der Widerstand und die Verfolgung von Kommunisten eine andere Qualität erhielten, war ihr Widerstand ein anderer. Es war der „Widerstand auf kleiner Flamme“ (PEUKERT), der den jahrelang Verfolgten oft nur noch übrig blieb. Es bildeten sich kleine Gruppen, deren Mitglieder sich aus der Nachbarschaft, aus früherer gemeinsamer Arbeit für die KPD oder von früheren Verfolgungen her kannten und sich ihrer gleichen Gesinnung und Verschwiegenheit gewiss waren. Man traf sich in einem solchen Kreis gelegentlich zur Diskussion, Bewahrung der politischen Gesinnung, Gegeninformation, zum Abhören ausländischer Sender oder einfach nur, um einen lockeren Kontakt untereinander zu halten. Erstaunlich war, dass sich nach den Verfolgungen der ersten Jahre überhaupt noch Kommunisten zu einem solchen „kleinen“ Widerstand zusammenfanden - zumal sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt am Vorabend des Zweiten Weltkrieges in ihrer politischen Haltung hätten sehr verunsichert sein müssen.

Ein solcher Kreis von Vertrauten und Gleichgesinnten hatte sich 1939/40 auch in Koblenz-Metternich gebildet. Kopf und Herz dieser Gruppe waren die Eheleute Andreas (André) und Anneliese Hoevel³⁵. Sie waren keine gebürtigen Koblenzer, sondern stammten aus Trier bzw. Köln und hatten einige Jahre in Wiesbaden gelebt. Als sie im Frühsommer 1939 nach Koblenz kamen, hatten sie schon ein langes und schweres Verfolgungsschicksal hinter sich.

Zunächst war André Hoevel Ende Februar/Anfang März 1933 ins Saargebiet geflohen. Während seines Aufenthalts dort nahmen die Nazis im September 1933 Anneliese Hoevel wegen Betätigung für die KPD in „Schutzhaft“ und verschleppten sie ins Konzentrationslager Moringen bei

desselben Jahres erneut in „Schutzhaft“ genommen, weil er - so die Begründung dafür - Kontakt zu früheren Mitgliedern der KPD gehalten hatte. Diesmal strengte man kein Strafverfahren gegen ihn an, sondern verschleppte ihn gleich ohne ein solches ins Konzentrationslager. Zunächst war er im KZ Esterwegen im Emsland, dann im KZ Sachsenhausen bei Berlin und schließlich im KZ Buchenwald bei Weimar. Unterdessen hatte Anneliese Hoevel die dreijährige Zuchthausstrafe vollständig verbüßt, kam aber nicht frei, sondern wurde im Konzentrationslager Moringen erneut in „Schutzhaft“ genommen. Von dort aus brachte man sie in das neu errichtete KZ Lichtenburg. Zu Weihnachten 1938 kam André Hoevel frei. Anneliese Hoevel wurde zu „Führers Geburtstag“ am 20. April 1939 entlassen. Nach



Die in Koblenz verhafteten Kommunisten André (Foto um 1930) und Anneliese Hoevel (Foto Anfang der 20er Jahre)

Göttingen. Als André im September 1933 nach Deutschland zurückkehrte, wurde er bereits einige Tage später in „Schutzhaft“ genommen und dann wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Oberlandesgericht Kassel zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.³⁶ Während er diese Haftstrafe in Hameln an der Weser verbüßte, wurde Anneliese Hoevel aus dem KZ Moringen entlassen. Sie kam aber schon im September 1934 erneut in Haft und wurde Ende 1934 wegen illegaler Tätigkeit für die verbotene KPD vom Oberlandesgericht Kassel zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.³⁷ Mitte 1935 wurde André Hoevel nach der Verbüßung der Haftstrafe entlassen, aber bereits im August

Jahren der Haft sahen sich die Eheleute in Berlin wieder. Von dort zogen sie schon wenige Wochen später nach Koblenz. Grund hierfür war der plötzliche Tod eines Schwagers von André Hoevel, der in Koblenz-Metternich einen Obst- und Gemüsehandel betrieben hatte. André kümmerte sich um die Familie des Verstorbenen und auch um das Geschäft, das bald florierte. In Koblenz knüpften die beiden neue Kontakte und aktivierten ihre Beziehungen zu alten Freunden in Wiesbaden und zu Kameraden, die sie jeweils in den Konzentrationslagern kennen gelernt hatten. Auf diese Weise wurde die Wohnung der Hoevels in Koblenz ein Treff Gleichgesinnter mit Kontakten in das Rhein-Main-

Gebiet und in den Raum Düsseldorf, Duisburg und auch darüber hinaus. Zu dieser Gruppe gehörten auch Jakob Newinger, der schon früher erwähnt wurde³⁸, sowie der Wehrmatsangehörige Helmut Steinwand und dessen Bruder Rudolf, beide stammten aus Boppard/Rhein. Rudolf Steinwand wurde später in der DDR Minister.³⁹

Weiterhin gehörten die Eheleute Margarete und Adolf Noetzel zu diesem Kreis. Die Hoevels und die Noetzels kannten sich seit 1930 aus Wiesbaden. Adolf Noetzel war von Beruf Kunstmaler, später verdiente er sein Geld auch als Reklamefachmann. Seit Mitte 1929 trat er als Parteiredner in Wiesbaden auf. Im Zuge der Verfolgung der Kommunisten nach dem Reichstagsbrand kam er Mitte März 1933 in „Schutzhaft“ und saß u. a. im KZ Sonnenberg ein. Nach seiner Entlassung war er weiterhin für die illegale KPD aktiv. Deshalb wurde er 1935 wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Haft lebte er weiter in Wiesbaden. Vor und auch nach dieser Zeit war Adolf Noetzel ein geschätzter Maler. Adolf Noetzels Frau Margarete war etwa zur gleichen Zeit wie ihr Mann in die KPD eingetreten und engagierte sich seit 1928 für diese Partei. Nach der „Machtergreifung“ wurde sie im November 1933 auf die Dauer von sieben Wochen in das Konzentrationslager Moringen verbracht. Ende November 1941 nahm man die Eheleute Noetzel in Wiesbaden fest. Wenige Tage später folgte die Verhaftung der Eheleute Hoevel und Jakob Newingers in Koblenz. Der Vorwurf lautete auf Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Rundfunkverbrechen. Schon ein halbes Jahr später wurden mit Urteil des Oberlandesgerichts Kassel vom 26. Juni 1942⁴⁰ André und Anneliese Hoevel zum Tode und Jakob Newinger zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem auch ein Gnadengesuch abgelehnt worden war, wurden André und Anneliese Hoevel am Morgen des 28. August 1942 innerhalb von fünf Minuten im Gefängnis Frankfurt/Main-Preungesheim mit dem Fallbeil hingerichtet. Jakob Newinger verbüßte seine Strafe in den Zuchthäusern Rheinbach und Siegburg, bis er dort am 25. März 1945 befreit wurde. - An André Hoevel erinnert der 1958 erschienene (Kult-)Roman von Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen“ und der 1963 gedrehte gleichnamige Film der DEFA. Darin setzt Apitz André Hoevel, den er im KZ Buchenwald kennen und schätzen gelernt hat, als Kapo der Effektenkammer ein künstlerisches Denkmal.

Widerstand von Sozialdemokraten

Anders als die KPD betrieb die SPD eine legalistische Opposition, die der Verteidigung der Republik dienen sollte. Gleichwohl setzte gegen sie die Verfolgung ein. Insbesondere nach dem Verbot der SPD am 22. Juni kamen auch in Koblenz zahlreiche SPD-Leute in „Schutzhaft“. Bekannt ist dies etwa für den Vorsitzenden des Unterbezirks Koblenz und Gewerkschafter Johann Dötsch aus (Koblenz-) Metternich⁴¹. Dieser Terror der Nazis zeigte aber bei vielen Sozialdemokraten im Koblenzer Raum Wirkung dergestalt, dass sie sich ins Private zurückzogen und nur noch losen, geselligen Kontakt zu früheren Genossen hielten.

In Bendorf/Rhein hingegen gab es eine aktive Widerstandsgruppe von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Zu ihr gehörte der frühere Leiter der Bürgerschule in Bendorf Dr. Hans Bauer.⁴² Er war dort vor 1933 aktiv für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das die Weimarer Republik vor ihren Feinden schützen wollte, sowie für die Deutschen Staatspartei und dann für die SPD. Als bald nach der „Machtergreifung“ wurde er aufgrund seiner republikanischen, demokratischen Gesinnung wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ gemäß § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem Dienst entfernt. Er und zwei Gewerkschafter, Anton Gelhard aus Bendorf-Mülhofen (Gelhard I)⁴³ und Anton Wilhelm Gelhard aus Bendorf (Gelhard II)⁴⁴, hielten weiterhin Kon-



Der Leiter der Bendorfer Bürgerschule Hans Bauer (SPD)
(Foto aus den 20er Jahren)

takt zu dem früheren Gewerkschaftssekretär Ernst Rebber, der inzwischen ins Saargebiet emigriert war. Sie standen auch in Verbindung mit dem nächstgelegenen Grenzsekretariat der SOPADE (Sozialdemokratische Partei Deutschlands, dem Vorstand der Exilpartei) und verbreiteten illegale Literatur. Am 18. März 1935 wurden zunächst Gelhard I und dessen Ehefrau Anna festgenommen, am 5. Juni 1935 auch Bauer und Gelhard II. Der briefliche Kontakt zu Rebber und eine Reise Bauers mit Fahrrad und Zug, um in Saarbrücken Rebber aufzusuchen, waren für das Oberlandesgericht Hamm Vorbereitung zum Hochverrat. Deshalb bestrafte es mit Urteil vom 18. Dezember 1935⁴⁵ Bauer und

Gelhard zu je zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus, Gelhard II zu zwei Jahren und vier Monaten Zuchthaus sowie Frau Gelhard zu sechs Monaten Gefängnis. Die Strafe verbüßte Bauer in den Zuchthäusern Rheinbach und Siegburg. Anschließend kam er aber nicht frei, sondern wiederum in „Schutzhaft“, zunächst im Polizeigefängnis in Koblenz und ab dem 11. August 1938 im Konzentrationslager Buchenwald. Ein ganz ähnliches Schicksal haben die beiden Gelhards erlitten. Auch sie ließen die Nazis nach der Verbüßung der Zuchthausstrafe nicht frei, sondern nahmen sie in „Schutzhaft“. Gelhards I war zunächst im KZ Dachau und dann im November 1944 im KZ Buchenwald. Gelhard II wurde wie Hans Bauer 1938 ins KZ Buchenwald verschleppt. So kam es, dass alle drei Bendorfer die letzte Zeit ihrer KZ-Haft in Buchenwald verbringen mussten und dort auch befreit wurden. Am Tag nach der Befreiung proklamierten sie mit anderen Häftlingen das „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald“ für „Freiheit, Frieden, Sozialismus!“. In ihm heißt es u. a.: „Solange Faschismus und Militarismus in Deutschland nicht restlos vernichtet sind, wird es keine Ruhe und keinen Frieden bei uns und in der Welt geben. Unsere ersten Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, alle gesellschaftlichen Erscheinungen dieser blutigen Unterdrückung des Lebens für immer zu beseitigen.“⁴⁶

Widerstand im Bereich der evangelischen Kirche



Der evangelische Pfarrer Paul Schneider vom Hunsrück 1937 (Zeichnung nach einem Foto)

Der Widerstand im Bereich der evangelischen Kirche war nicht sehr umfänglich. Der Protestantismus war von jeher eng mit der Obrigkeit und speziell dem preußischen Königs- und Kaiserhaus verbunden („Thron und Altar“). Nicht wenige Gruppierungen standen dem Nationalsozialismus recht nahe, am nächsten die „Deutschen Christen“, die auch in Koblenz stark vertreten waren. Selbst die „Bekennende Kirche“, die man bisweilen zum Widerstand zählt, war mehr auf Selbstbehauptung und reine Seelsorge beschränkt, als dass sie aktiven Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Widerstand im eigentlichen Sinne kam nur von relativ wenigen Einzelnen. Bekannt sind vor allem der Theologe und Studentenpfarrer Dietrich Bonhoeffer, Pastor Martin Niemöller und Pfarrer Paul Schneider. Nicht allgemein bekannt ist, dass Pfarrer Paul Schneider, der „Prediger von Buchenwald“, starke Bezüge zum Koblenzer Raum hatte.

Schneider war ein Mann des Hunsrücks.⁴⁷ 1897 in Pferdsfeld im Soonwald als Sohn eines Pfarrers geboren, hatte er schon ein bewegtes Leben hinter sich, als er im Jahre 1934 auf Betreiben der NSDAP im Wege der Strafversetzung auf den Hunsrück zurückkehrte: 1915 Notabitur, Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, Examina, Nachfolger seines Vaters als Pfarrer im Kirchenkreis Wetzlar, Heirat, mehrere Kinder, 1933 erste öffentliche Auseinandersetzung mit den Nazis und dann die Versetzung an zwei kleine Gemeinden, Womrath und Dickenschied bei Kirchberg im Hunsrück. Er war Mitglied des „Pfarrernotbundes“ und der „Bekennenden Kirche“. Schon 1935 bezeichnete der Koblenzer Regierungspräsident Pfarrer Schneider als „ausgesprochenen Feind des heutigen Staates“. Anfang 1937 stellte die Gestapo Koblenz fest: „Pfarrer Schneider ist ein fanatischer Anhänger der Bekenntniskirche, der jede Gelegenheit nutzt, um gegen den nationalsozialistischen Staat Stimmung zu machen.“ Am 31. Mai 1937 wurde er zu Hause verhaftet und in das Koblenzer Gestapogefängnis in der heute noch so genannten Straße „Im Vogelsang“ gebracht. Nach knapp zwei Monaten ließ man ihn wieder frei, wies ihn aber gleichzeitig aus dem Rheinland aus. Schneider ließ sich aber nicht auf Dauer von seinen Gemeinden trennen. Am Erntedankfest 1937 kehrte er nach Dickenschied zurück. Abends, auf dem Weg zum Gottesdienst nach Womrath, wurde er wieder in „Schutzhaft“ genommen. Diesmal kam er ins Gefängnis im Koblenzer Polizeipräsidium. Dort blieb er knapp zwei Monate, schrieb Briefe an seine Frau und schmuggelte selbst angefertigte Zeichnungen über seine Haftsituation für seine Kinder nach draußen.

Am 27. November 1937 wurde er ins KZ Buchenwald verschleppt. Weil er - wie er sagte - die „Mörderfahne“ der Nazis nicht grüßen wollte, wurde er mit Schlägen auf dem Prügelbock und mit Arrest im „Bunker“ bestraft. 14 Monate verließ er den Bunker nicht mehr. Immer wieder rief er von dort aus den auf dem Appellplatz angetretenen Tausenden von Häftlingen Bibelsprüche zu und prangerte die Misshandlung und Tötung von Gefangenen an. Jedes Mal wurde er mit Stockhieben auf dem „Bock“ und verschärften Haftbedingungen bestraft. Aber der „Prediger von Buchenwald“ ließ sich von seinen Glaubensbezeugungen, Anklagen und Stärkungen für seine Mithäftlinge nicht abbringen. Am

18. Juli 1939 wurde er mit einer überdosierten Strophantinjektion ermordet. Seiner Witwe gelang es, seine sterblichen Überreste überführen zu lassen. Die Beerdigung Paul Schneiders in Dickenschied war eine eindrucksvolle Demonstration.

Widerstehen im Bereich der katholischen Kirche

Anders als die evangelische Kirche hat die katholische Kirche im Rheinland oft in Distanz zur preußischen Obrigkeit gestanden. Von daher war sie auch für den Ende der Weimarer Republik aufkommenden Nationalsozialismus nicht so anfällig wie die evangelische Kirche, sondern lehnte ihn und seine Repräsentanten weitgehend ab. Dies änderte sich allerdings nach dem Abschluss des Reichskonkordats (mit dem Heiligen Stuhl) am 20. Juli 1933. Die Nazis andererseits hielten sich von Anfang an lediglich opportunistisch und sporadisch an diesen Vertrag. Das Konkordat hielt sie nicht davon ab, schon bald einige exponierte Vertreter des politischen Katholizismus im Zuge der sogenannten Röhm-Affäre Ende Juni 1934 zu ermorden bzw. weitere Vertreter und Ordensleute mit Strafprozessen zu überziehen und sie damit zu kriminalisieren und lächerlich zu machen. Beschränkungen und Verbote der kirchlichen Jugendarbeit und Behinderungen der Seelsorge waren im Rheinland an der Tagesordnung. Hiergegen gab es einen starken Selbstbehauptungswillen der katholischen Kirche, ihrer Priester und auch ihrer Gemeindeangehörigen, aber keinen Widerstand in dem hier verstandenen engeren Sinne. Im Zuge des Zweiten Weltkrieges erhielt die Verfolgung gerade des niederen Klerus dann eine neue Dimension. Relativ viele katholische Priester und Ordensgeistliche kamen in „Schutzhaft“, gerade auch aus Koblenz und Umgebung.⁴⁹ Aber auch das rief im Großen und Ganzen keinen Widerstand hervor - abgesehen von der später im Rahmen des Jugendwiderstandes noch darzustellenden „Michaeltruppe“ aus Krufft/Andernach, die in ganz ungewöhnlicher Weise widerständig war.

Ganz massiven, individuellen Widerstand hingegen leistete ein Ordensgeistlicher der Schönstatt-Bewegung aus Vallendar-Schönstatt. Der 1903 in Tirol geborene Franz Reinisch⁴⁹, war schon einige Jahre zum Priester geweiht, als er 1934 zum ersten Mal in Schönstatt, dem Gründungs- und Wallfahrtsort der Schönstatt-Bewegung, weilte. Diese Reformbewegung innerhalb der katholischen Kirche prägte Reinisch entscheidend, und er kam nach verschiedenen Tätigkeiten erst wirklich zur Ruhe, als er im November 1938 nach Schönstatt versetzt wurde. Er war dort in der Männerseelsorge tätig und gehörte zum engsten Kreis um Pater Josef Kentenich, dem Gründer der Schönstatt-Bewegung.

Mit besonderer Aufmerksamkeit beobachteten und mit besonderer Härte verfolgten die Nazis und ihre Helfer diese Bewegung. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges nahm die Repression in Schönstatt und gegen die Schönstätter zu. Am 12. September 1940 verhängte das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin gegen Pater Reinisch, der von Beginn an ein Gegner des Nationalsozialismus war, ein für das gesamte Reich geltendes Rede- und Predigtverbot. Zur



■ Pater Franz Reinisch von der Schönstatt-Bewegung aus Vallendar-Schönstatt (letztes Foto vor seinem Tod)

Begründung hierfür wurden zwei Predigten von April und Juni 1940 angeführt. In ihnen hatte er im Rahmen der Männerseelsorge den unchristlichen Charakter des Nationalsozialismus hervorgehoben, ihn der „grundsätzlichen Lüge“ bezichtigt und die Männer zur Treue und zum Gehorsam gegenüber dem christlichen Glauben, der Kirche und ihren Vertretern aufgerufen. Pater Reinisch litt unter dem Verbot schwer, ließ sich aber nicht unterkriegen. Auch dann noch reiste er durch Deutschland und hielt vor kleinen Gruppen Vorträge.

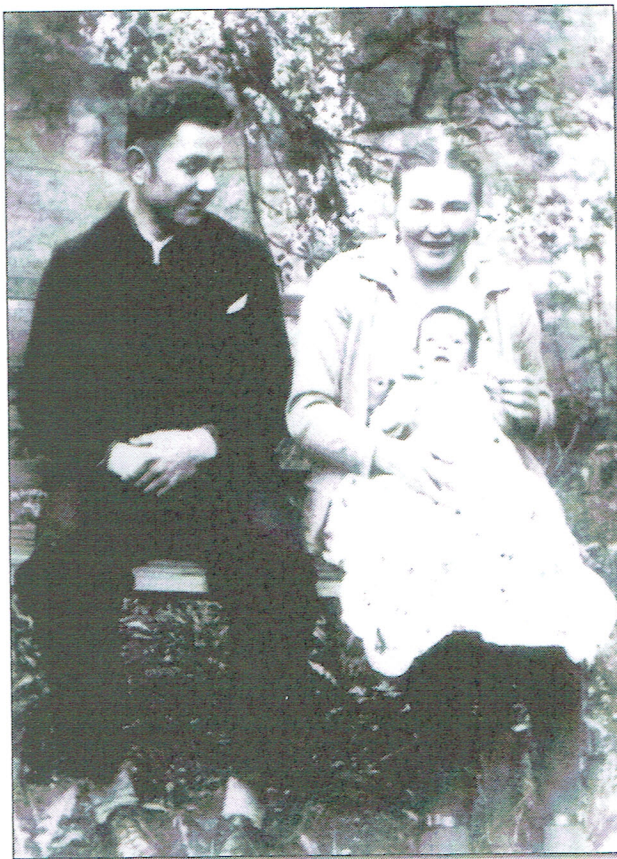
In jenen Jahren hatte er sich besonders mit der Verweigerung des Soldateneides und damit des Wehrdienstes im Nationalsozialismus beschäftigt. Schon 1939 soll er in Schönstatt gesagt haben: „Den Eid, den Soldateneid auf die nationalsozialistische Fahne, auf den Führer, darf man nicht leisten. Das ist sündhaft. Man würde ja einem Verbrecher einen Eid geben.“ sowie: „Unser Gewissen verbietet uns, einer Obrigkeit zu folgen, die nur Mord und Totschlag in die Welt bringt um der lüsternen Eroberung willen. Man darf diesem Verbrecher keinen Eid leisten.“

Als er im April 1942 den Gestellungsbefehl erhielt, meldete er sich verspätet zum Dienstantritt und verweigerte umgehend den Eid. Obwohl von verschiedenen Seiten versucht wurde, ihn umzustimmen, blieb er bei seiner von vornherein getroffenen Entscheidung. Drei Monate später stand er vor dem höchsten deutschen Kriegsgericht, dem Reichs-

kriegsgericht in Berlin. Der Prozess war eine Farce, und das von Anfang an feststehende Urteil lautete auf Todesstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.⁵⁰ Auch nach dem Urteil ließ sich P. Reinisch durch niemanden von seiner Überzeugung abbringen, obwohl dies sicher sein Leben gerettet hätte. In großer Glaubens- und Gewissenstreue hat er den Tod angenommen und dies in seinem selbst verfassten Sterbelied in die Worte gefasst: „Auch heute ruft Gott wieder nach einer Heldenschar, drum bringe mich, o Mutter, als Liebesopfer dar.“ Für P. Reinisch selbst war das weniger Widerstand (nach unserem heutigen Verständnis) als vielmehr Treue zu seinem Gewissen, seinem Glauben und zur Dreimal Wunderbaren Gottesmutter - bis zur letzten Konsequenz, bis zum von vornherein absehbaren Tod unter dem Fallbeil am 21. August 1942 im Zuchthaus Brandenburg.

Widerstehen von Zeugen Jehovas

Während P. Franz Reinisch einer der ganz wenigen Geistlichen war, der den Fahneneid auf Hitler persönlich verweigerte und dafür hingerichtet wurde, war eine solche Glaubensstreue bei den Zeugen Jehovas eine geradezu typische Haltung. Die weitaus meisten bekannten Todesurteile des Reichskriegsgerichts wegen Verweigerung des Kriegsdienstes und des Fahneneides sind gegen Zeugen Jehovas ergangen. 250 bis 300 von ihnen sind auch tatsächlich wegen ihres Glaubens hingerichtet worden.⁵¹



Die Familie Michaelis, Zeugen Jehovas aus Neuwied, Foto von 1935

Mit den Eides- und Kriegsdienstverweigerungen traten diese Zeugen Jehovas am konsequentesten und folgenschwersten für ihren Glauben ein. Auch unterhalb dieser Schwelle nahmen sie wegen ihres Glaubens schwere und schwerste Repressalien auf sich. Von den 25.000 Zeugen Jehovas, die Anfang der 1930er Jahre im Deutschen Reich lebten, wurden ungefähr 10.000 - das waren 40% aller Zeugen Jehovas - für eine unterschiedlich lange Dauer inhaftiert. Von ihnen wurden über 2.000 - das waren mehr als 8% aller Zeugen Jehovas - in ein Konzentrationslager eingewiesen. Die Zahl der Todesopfer unter den deutschen Zeugen Jehovas lag bei 1.200 Personen, das waren 5% aller Zeugen Jehovas; davon wurden ungefähr 250 aufgrund einer wehrmachtgerichtlichen Verurteilung wegen Kriegsdienstverweigerung hingerichtet, das war 1% aller deutschen Zeugen Jehovas.⁵²

Das sind im Vergleich zu anderen Gruppen sehr hohe Zahlen von Opfern des Nationalsozialismus. Nicht alle von ihnen gehörten indessen zu dem hier speziell beschriebenen Bereich des Widerstandes bzw. des widerständigen Verhaltens. Das Handeln der Zeugen Jehovas im Allgemeinen war oft kein Widerstand im engeren Sinne. Ihr Leben und Tun war religiös motiviertes Gegenhandeln. Ihr Bekenntnis zum Glauben und zur Glaubensgemeinschaft wurde von den Nationalsozialisten erbarmungslos verfolgt. Gleichwohl zeigte diese kleine aus Glaubensgründen völlig staatsferne und unpolitische Gemeinschaft etwa in zwei 1936 und 1937 schlagartig durchgeführten Flugblattaktionen großen Mut und auch politischen Instinkt, als sie die Bevölkerung im ganzen Reichsgebiet über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes aufzuklären versuchte. Wie fließend die Übergänge zwischen Resistenz, Selbstbehauptung und Widerstand in diesem Bereich sein können und tatsächlich auch waren, zeigt das Schicksal von Liesbeth Michaelis⁵³.

Zusammen mit ihrem Mann Fritz gehörte sie seit den 20er Jahren den „Ernstern Bibelforschern“, wie die Zeugen Jehovas damals noch hießen, an. Als die Nazis 1933 die Macht übernahmen, waren sie in Neuwied, eine von wenigen Gemeinschaften in der Region Koblenz⁵⁴, als hauptamtliche „Pioniere“ tätig. Nach einem für Fritz Michaelis glimpflich verlaufenen Ermittlungsverfahren wurden die Eheleute zusammen mit weiteren Zeugen am 31. August 1936 festgenommen und in Koblenz monatelang in Untersuchungshaft gehalten. Man machte ihnen und 19 anderen den Prozess allein deshalb, weil sie Zeugen Jehovas waren, deren Schriften besaßen und sich mit ihnen versammelt hatten. Hierin sahen die Nazis ein staatsfeindliches Verbrechen. Das in Koblenz tagende Sondergericht Köln verurteilte Fritz Michaelis als „Haupt der Zeugen Jehovas im Rheinland“ zu 16 Monaten und seine Frau Liesbeth zu sechs Monaten Gefängnis. Nach der Haft ließ man ihn nicht frei, er wurde von der Gestapo in „Schutzhaft“ genommen und ins KZ Dachau verschleppt; dort kam er nach offiziellen Angaben am 18. April 1939 um.

Liesbeth Michaelis kehrte nach der Haft in Koblenz zurück nach Berlin, wo sie geboren war. Sie heiratete wiederum einen Zeugen Jehovas, der ebenfalls ein schweres Schick-

sal hinter sich hatte und schon bald erneut verfolgt wurde. Frau Michaelis, inzwischen wiederverheiratete Seling, schloss sich in Berlin einer großen Gruppe von Zeugen Jehovas an, die in der Illegalität sehr aktiv war. Sie war u. a. Kurier und stand in Kontakt zu Glaubensbrüdern in den Außenkommandos der KZ Ravensbrück und Sachsenhausen. Auch versteckte sie mit anderen drei fahnenflüchtige junge Zeugen Jehovas. Deswegen wurde sie nach langer Untersuchungshaft vom Kammergericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.⁵⁵ Erst bei Kriegsende wurde sie im Frauengefängnis Leipzig befreit.

Widerstand von Jugendlichen

Unterdessen wurden die traditionellen Jugendbünde, die der Arbeiterjugend, der konfessionellen Jugend und der bündischen Jugend, entweder - wie die der Arbeiterjugend - sehr früh oder - wie die konfessionellen Jugendverbände - erst nach einer Phase des Hinhaltens und Einschränkens verboten. Verboten wurden sie aber alle. Es sollte nur noch die Hitler-Jugend als Staatsjugend geben. Das Jugenddienstpflichtgesetz von 1936 erklärte die HJ zur Reichsjugend und schrieb ihr das alleinige Jugenderziehungsrecht außerhalb von Schule und Elternhaus zu. Von diesem Ansatz her hatten die Jugendverbände keine Existenzberechtigung mehr.

Lebensweisen, Haltungen, Gedankengut konnten die Nazis aber nicht einfach verbieten. Das galt auch für den Bereich der Jugend. Allerdings gab es nach den Verboten der einzelnen Jugendverbände keine geschlossenen großen Gruppen mehr, sondern nur noch informelle, die die Tradition der früheren Jugendbünde pflegten. Im Laufe des Krieges bildeten sich auch ganz autonome Gruppen wie die Swing-Jugend und die bekannten Edelweißpiraten, die teilweise über die Resistenz zum Widerstand gegen das NS-Regime fanden.

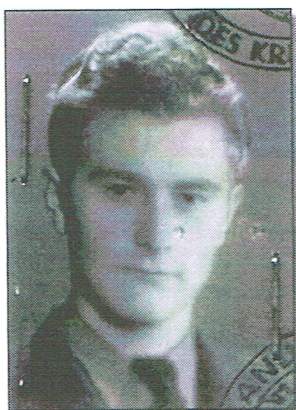
Ein Beispiel von widerständigem Verhalten ist der aus Andernach stammende Edgar Lohner.⁵⁶ Er war als Schüler in den konfessionellen bündischen (teilweise waren die Übergänge fließend) Jugendverbänden groß geworden, war Mitglied der katholischen „Quickborn-Jungenschaft“ und des Jugendbundes „Neudeutschland“. Dann schloss er sich in Bonn, wo er zur Schule ging, alsbald einer bündischen Gruppe an. Diese veranstaltete Lager und Fahrten nach bündischer Art, insbesondere wiederholt Lager im Westerwald, die - wie es später dazu hieß - nach rein bündischem Muster durchgeführt und bei denen nur bündische Lieder gesungen und nach bündischer Art regelrechte „Kothelager“ abgehalten wurden. In den Sommerferien 1937 - damals war Edgar Lohner 17 Jahre alt - fuhr er mit einem anderen Gruppenmitglied nach Paris zur Weltausstellung. Dort lernten sie zwei Mädchen, Jüdinnen, kennen, die zum Kreis um den Schriftsteller Karl Otto Paetel gehörten. Paetel war langjähriges Mitglied des nicht konfessionellen Bundes „Deutsche Freischar“ gewesen. Wegen seiner sozialrevolutionären Anschauungen (er galt als „Nationalbolschewist“), war er aus dem Bund ausgeschlossen worden und nach der



Der Andernacher Schüler Edgar Lohner,
Foto: Ende der 30er Jahre

„Machtübernahme“ der Nazis nach Paris emigriert. Den 1937 mit ihm begonnenen Kontakt vertieften Edgar Lohner und andere Mitglieder der Gruppe bei der zweiten Reise nach Paris in den Sommerferien 1938. Sie führten mit Paetel politische Diskussionen und - so hieß es später - „gegen Abend wurde ein bündischer Betrieb aufgezogen und am Lagerfeuer bündische Lieder gesungen“. Diese und weitere Fahrten sowie Lager in der näheren Umgebung von Bonn bzw. Koblenz ließen die Gruppe weiter zusammenwachsen. Im März 1939 - inzwischen hatte Lohner sein Abitur bestanden - fuhr man wieder nach Paris und traf dort Paetel. Die politischen Diskussionen und Unterweisungen wurden ebenso intensiviert wie die Beziehungen zu den beiden Jüdinnen. Auch in der Folgezeit unternahm man noch einige Fahrten und Lager in der Umgebung, hielt untereinander und zu Gleichgesinnten brieflichen und sonstigen Kontakt. Durch diese Briefe wurde die Gruppe dann entdeckt.

Zunächst wurde Edgar Lohner, weil er in Frankreich mit dem jüdischen Mädchen Verkehr gehabt haben soll, vom Landgericht Koblenz mit Urteil vom 5. September 1940⁵⁷ wegen „Rassenschande“ zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt, die er auch verbüßte. In einem weiteren Verfahren, diesmal vor dem „Volksgerechthof“ lautete der Vorwurf dahin, von Sommer 1938 bis zum Sommer 1939 während einer Betätigung für die verbotene „Bündische Jugend“ den Emigranten Paetel und dessen Mitarbeiterkreis in Paris kennengelernt, durch Briefwechsel sowie durch Anknüpfung von Verbindungen mit weiteren Mitarbeitern Paetels im Reich fortlaufend Beziehungen unterhalten zu haben, die dem Zweck gedient hätten, die politischen Pläne Paetels durch Zellenbildung im Reich zu fördern. Am 11. September 1941 wurde Edgar Lohner - wie auch andere Gruppenmitglieder - vom „Volksgerechthof“ wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.⁵⁸ Das Gericht stellte dabei auch eine Zuwiderhandlung gegen das Verbot der „Bündischen Jugend“ fest, bestrafte deswegen aber nicht gesondert, weil die schwerere Tat, die Vorbereitung zum Hochverrat, diese Straftat überdeckte.



Willi Lohner nach seiner Haftentlassung aus dem Jugend-KZ Moringen

Noch stärker katholisch geprägt waren der in Bell bei Mayen geborene Willi Lohner und der Krufter Hans-Clemens Weiler, beides Schüler des Gymnasiums in Andernach.⁵⁹ Sie waren gerade einmal 16 bzw. 15 Jahre alt, als sie – durch den Kirchenkampf des NS-Regimes und die Verschleppung von Priestern aus der Umgebung in Konzentrationslager mobilisiert – im November 1942 eine Organisation gründeten, die sie unter den Schutz des Erzenzels Michael stellten und „Michaeltruppe“ nannten.

Lohner leitete die Gruppe als „Bezirkskommandant“, Weiler war sein Stellvertreter und „Kreiskommandant“. Es war eine Organisation von ca. 50 „künftigen Kämpfern“, die richtiggehend militant waren und sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung vorbereiteten. Die Gruppe traf sich in einer Kapelle außerhalb von Kruf. Man hörte Vorträge, las die Predigten des Münsteraner Bischofs von Galen, sammelte Informationen über Konzentrationslager und über Repressalien gegen Kirche und Klerus. Die Michaeltruppe baute einen Spionagering auf und sammelte Informationen über militärische Anlagen (z. B. über den Flugplatz Niedermendig oder Waffenlager). Lohner besorgte Sprengstoff und Handfeuerwaffen und legte ein Waffenversteck an. Ein ¾ Jahr später fing die Gestapo Briefe ab; Lohner und Weiler, die als Luftwaffenhelfer in Andernach eingesetzt waren, wurden verhaftet. Sie und weitere Mitglieder der Gruppe kamen zu Verhören nach Koblenz und dann in die Jugendarrestanstalt Neuwied. Als bald brachte die Gestapo den „harten Kern“ der Gruppe – Lohner, Weiler und vier weitere – in das HJ-Erziehungslager auf der Burg Stahleck bei Bacharach. Die beiden „Anführer“ kamen in Arrestzellen. Für die Gestapo in Koblenz stand bald fest, dass sich die beiden „führend bei der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens betätigt“ hatten. Ein Verfahren vor dem „Volksgerichtshof“ blieb ihnen aber erspart. Man brachte sie auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes „nur“ ins Jugend-KZ Moringen bei Göttingen. Sie mussten in einem Salzbergwerk Munition herstellen. Dabei zog sich Weiler eine Tuberkulose zu, von der er sich nie mehr richtig erholte. Lohner wurde Anfang März 1945 mit der Auflage aus dem Lager entlassen, sich „freiwillig“ zum Dienst in der Waffen-SS zu melden. Dazu kam es aber nicht mehr. Beide – Lohner hier in der Heimat und Weiler auf dem Evakuierungs-/Todesmarsch von Moringen aus – wurden in den letzten Kriegstagen von Amerikanern befreit.

In den Kriegsjahren entstanden aber auch spontan Jugendgruppen, Jugendbanden, die keinen solchen traditionellen Hintergrund hatten. Bekannt sind etwa die „Edelweißpiraten“ und die „Swing-Jugend“. Eine Gruppe von fünf jungen Burschen aus Lahnstein hatte in einer ganz ungewöhnlichen Mischung von beidem etwas: Einmal einen Schuss

„Swing-Jugend“, wie bürgerliche Jugendliche mit einer Vorliebe für die von den Nazis verpönte „Negermusik“ genannt wurden, und zum anderen einen Schuss Anarchie und „Kriminalität“, wie sie den „Edelweißpiraten“ eigen waren. Kopf dieser, Ende 1940 in Lahnstein aus drei Schülern und zwei Gesellen im Alter von 17 und 19 Jahren entstandenen Gruppe, war Hans Blumensatt.⁶⁰ Er war Sohn des Direktors der Main-Kraftwerke in Oberlahnstein und besuchte zuletzt eine private Oberschule in St. Goarshausen. Blumensatt war ein Freund ausländischer Tanzmusik und hörte ausländische Radiosender. Sein Hobby und seine „lockere Art“ waren der HJ bekannt, man machte sich über ihn als „Tangojüngling“ lustig. Dem NS-Staat stand er ablehnend gegenüber. Am Dienst in der HJ nahm er kaum teil, die NSDAP und ihre Organisationen überschüttete er – wie es in einem Schulgutachten über ihn hieß – mit Spott, selbst der „Führer“ Adolf Hitler galt ihm nichts.

Eines Nachts im November 1940 – nach einem Fliegeralarm – trafen sich Hans Blumensatt und zwei andere in Oberlahnstein zu einer „Aktion“. Sie zerstörten den Pressekasten des „Schwarzen Korps“, einige Fensterscheiben des HJ-Heims und dann noch den Aushängekasten der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF). In den folgenden Wochen wiederholten sie in unterschiedlicher Zusammensetzung solche Aktionen. Selbst der amtliche Aushängekasten der Polizeiverwaltung Oberlahnstein und der Kasten des Bundes Deutscher Mädel (BDM) wurden demoliert. Die örtliche Polizei war ratlos. Unterdessen trafen sich die Mitglieder der Clique wieder zu Aktionen: Sie warfen mit Steinen auf die Fensterscheiben des Gymnasiums und die Rollläden der Wohnung des NS-Kreisleiters. Auf ihrem Weg demolierten sie den Aushängekasten des NS-Jungvolks und andere Schaukästen; auch warfen sie wieder Fensterscheiben im HJ-Heim ein. Weiter gingen Scheiben des NSV-Kindergartens ebenso zu Bruch wie die große Glasscheibe der Geschäftsstelle des „Reichsluftschutzbundes“. Wenn man abends zusammen saß, diskutierte man über die allgemeine Lage und vor allem über den Krieg. Hans Blumensatt gab den Ton an und alle stimmten ihm zu, wenn er feststellte: „Die heutigen Führer sitzen weit hinter der Front, dagegen müssten die anderen vorn ihre Köpfe hinhalten und für sie kämpfen; in Berlin beim Führer müssten auch mal Bomben fallen und treffen.“

Durch Zufall kam die Polizei einem aus der Clique auf die Spur, dann wurden auch die anderen entdeckt. Blumensatt und die anderen der „Wilden Clique“ kamen vor das Sondergericht in Frankfurt/Main. Ihnen wurde vorgeworfen, die Taten „unter Ausnutzung der zur Abwehr von Fliegergefahr getroffenen Maßnahmen“ begangen zu haben. Aufgrund dieser Strafschärfung nach der „Volksschädlingsverordnung“ drohte ihnen die Todesstrafe. Das Urteil des Sondergerichts Frankfurt/Main vom 25. Juli 1941⁶¹ ließ jedoch den Vorwurf, zugleich auch gegen die „Volksschädlingsverordnung“ verstoßen zu haben, fallen. Hans Blumensatt erhielt „nur“ eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Im September 1944 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen und sofort zur Wehrmacht eingezogen. Er fiel vermutlich am 21. März 1945.

Widerstand aus dem Exil

Widerstand gegen das NS-Regime gab es aber nicht nur in Deutschland selbst. In den 12 Jahren der Nazi Herrschaft verließen annähernd 400.000 Deutsche aus politischen oder rassistischen Gründen ihre Heimat. Aus politischen Gründen zur Flucht gezwungen waren vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Intellektuelle und Schriftsteller sowie auch einige Konservative und Liberale. Manche von ihnen leisteten im Ausland Widerstand.

Emigranten waren etwa auch die bereits zuvor erwähnten Kommunisten André Hoevel⁶² und Klaus Thielen⁶³. Wie sie flohen auch andere ins Saargebiet. Stellvertretend soll hier auf Hugo Salzmänn und seine kleine Familie aus Bad Kreuznach eingegangen werden.

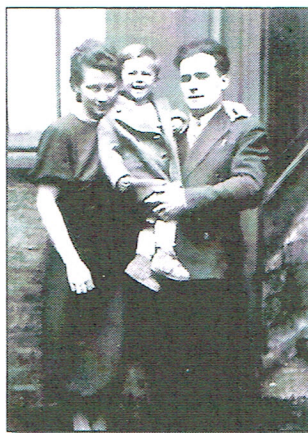
Hugo Salzmänn⁶⁴ musste unmittelbar nach dem Reichstagsbrand Anfang März 1933 fliehen, weil er als Organisationsleiter der KPD, Stadtverordneter und örtlicher Gewerkschaftsvorsitzender von Bad Kreuznach mit Plakaten steckbrieflich gesucht wurde („tot oder lebendig“ hieß es auf ihnen). Seine Frau Juliana⁶⁵ folgte ihm mit dem gerade einmal ein halbes Jahr alten Sohn. Noch im selben Jahr verließen die drei das Saargebiet und gingen nach Paris. Dort fand Hugo Salzmänn zunächst bei einem jüdischen Kaufmann eine Anstellung als Packer und Bote. Als er diese verlor, wurde die Familie zur Ausreise aufgefordert. Sie blieben aber illegal weiter „in sehr dürftigen Verhältnissen“ in einem Pariser Vorort wohnen. Immerhin wurde Hugo Salzmänn 1936 als politischer Emigrant anerkannt und war dann legal in Frankreich. Bald arbeitete er für die Zentralvereinigung politischer Emigranten, einem Dachverband aller Unter- und Hilfsorganisationen der KPD. Er verteilte an die Literaturobmänner der einzelnen Emigrantengruppen in Paris kommunistische Zeitungen (wie die „Deutsche Volkszeitung“, die „Rote Fahne“ und die monatlich erscheinende Emigrantenzeitung „Trait d'Union“) sowie Literatur (Broschüren, aber auch antifaschistische Romane) und versandte sie an die auswärtigen Emigrantengruppen. Außerdem stellte er die Zeitung „Trait d'Union“ auf einem Vielfältigungsapparat her. Er nahm auch regelmäßig an den Zusammenkünften der deutschen Sektion der Kommunistischen Partei teil.

Insgesamt war ihr Leben sehr beschwerlich. In einem Brief Juliana Salzmänn vom 5. Dezember 1938 an ihre in Österreich lebende Schwester heißt es zum Beispiel: „Du fragst, ob es uns gut geht. Das muss ich mit nein beantworten. Wir haben jetzt fünf Jahre größter Entbehrungen hinter uns, ein Leben ohne Arbeit und Rechte. So eine Zeit, das könnt Ihr Euch gar nicht vorstellen. Und trotzdem haben wir Mut und sind überzeugt, dass wir es einmal wieder so bekommen wie früher. Natürlich haben wir unsere ganze Wohnung, Geschirr, also alles, was wir hatten, verlassen. Unser Kleiner war damals sechs Monate alt, als er fort musste. Ja, es waren Zeiten, die man nie vergessen kann.“⁶⁶ Als Juliana Salzmänn diese Zeilen schrieb, konnte sie nicht wissen, dass noch sehr viel schlimmere Zeiten vor ihr, ihrem Mann und dem Sohn Hugo liegen sollten.

Im Laufe der Zeit spitzte sich für die deutschen Emigranten die Lage in Frankreich weiter zu. Mit dem Abschluss des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der UdSSR („Hitler-Stalin-Pakt“) am 23. August 1939 eskalierte die Situation. Unter der Parole „Für den Kommunismus [...] ist kein Platz mehr in Frankreich“ sah die französische Regierung nicht nur die eigene kommunistische Partei als Gegner an, sondern die deutschen Kommunisten als „Fünfte Kolonne“ der Nazis. Das führte dazu, dass sie Ende August 1939 die Verhaftung der führenden Funktionäre der KPD und die Internierung aller deutscher Männer verfügte. Unter ihnen war auch Hugo Salzmänn. Er wurde am 1. September 1939 von der französischen Polizei festgenommen und mit anderen nach Südfrankreich verschleppt. Dort gab es inzwischen eine Reihe von Internierungslagern; Salzmänn kam in das „Camp de Concentration“ Le Vernet s/Ariège.

War der Aufenthalt in einem solchen Internierungslager schon sehr bedrückend, so verschärfte sich die Situation noch einmal durch die deutsche Offensive im Westen und die Kapitulation Frankreichs am 22. Juni 1940. Mit dem Waffenstillstand wurden die Deutschen Besatzungsmacht im nördlichen und westlichen Teil Frankreichs - das Rest-Frankreich im Süden stand unter der mit den Deutschen kollaborierenden Regierung des Marschall Pétain in Vichy. In dem von deutschen Truppen besetzten Teil waren die deutschen Emigranten nicht mehr sicher. So kam es, dass die Gestapo Juliana Salzmänn dort suchte. Sie konnte sich mit ihrem Sohn zwar noch einige Zeit bei französischen Freunden verstecken, stellte sich dann aber der Gestapo, nachdem eine Bekannte von ihr als Geisel für sie verhaftet worden war. Am 27. November 1940 wurde Juliana in Paris festgenommen. Nach vielen Jahren der Verfolgung schloss sich für sie der Kreis gleichsam, als sie aus dem Gefängnis in Frankreich zurück nach Deutschland gebracht wurde. Ihr Weg endete Anfang Februar 1941 zunächst in Koblenz. Hier wurde sie eingehend verhört, ohne dass man Belastendes gegen sie fand. Dann legte man aber eine Agentin der Gestapo in ihre Zelle, eine einst gefeierte Tänzerin, die durch Heirat Marquise geworden war. Sie war einige Zeit

zuvor selbst in „Schutzhaft“ genommen worden. Der Gestapo diente sie als Spitzel, indem man sie in die Zellen inhaftierter politischer Frauen legte, deren Vertrauen sie regelmäßig erwarb. So geschah das auch bei Juliana Salzmänn, die sie geschickt zu regimiekritischen Äußerungen provozierte. Diese waren dann der konkrete Anlass, um Juliana Salzmänn im August 1941 von Koblenz aus ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück zu deportieren. Dort starb sie Anfang Dezember 1944.⁶⁷



Emigrantenfamilie Hugo und Juliana Salzmänn mit Sohn Hugo. Foto aufgenommen 1935 in Frankreich

Ein Jahr später als seine Frau war Hugo Salzmann den Deutschen in die Hände gefallen: Die Vichy-Regierung hatte ihn - wie viele andere Antifaschisten - aus dem Internierungslager der Gestapo ausgeliefert. Nachdem seine Frau von Koblenz aus ins KZ deportiert worden war, wurde auch er ins Gefängnis von Koblenz verlegt. Hier war er etwa ein Jahr lang in Haft. Dann überführte man ihn nach Berlin, um ihm vor dem „Volksgerichtshof“ den Prozess zu machen. Mit Urteil vom 4. März 1943⁶⁸ wurde er, weil er - wie es in dem Urteil hieß - „in untergeordneter Funktionsstellung von 1936 bis 1939 in Paris für die deutsche Emigrantenorganisation kommunistische Zeitungen und sonstige Druckwerke vertrieben und an der Herstellung einer Zeitung mehrmals mitgewirkt hat“, wegen eines „fortgesetzten Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe verbüßte Hugo Salzmann im Zuchthaus Butzbach in Hessen. Im Mai 1945 wurde er von den Amerikanern befreit.

Widerstand im Krieg

Eine besondere Bedeutung im deutschen Widerstand hatte der Widerstandskreis um den Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium Harro Schulze-Boysen und um den Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Arvid Harnack. Die Harnack/Schulze-Boysen-Gruppe bestand aus einem Netz von mehr als 150 Widerständlern aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten, mit unterschiedlicher Bildung und ganz abweichenden politischen und auch religiösen Überzeugungen. Der Gestapo-Terminologie folgend bezeichnet man sie auch als die „Rote Kapelle“. Zum Teil kannten sie sich schon seit vielen Jahren und pflegten Kontakt in Freundes- und Gesprächszirkeln. Im Zuge des Zweiten Weltkrieges stießen weitere Personen zu diesen Gruppen und leisteten vielfältigen Widerstand. Sie strebten ein Ende des Krieges an und hofften auf eine Verständigung mit der Sowjetunion.

Ein Mitglied dieses großen Widerstandskreises, in der außergewöhnlich viele Frauen aktiv waren, war die in Boppard am Rhein geborene Maria Terwiel.⁶⁹ Sie war die Tochter eines an das Bopparder Lehrerseminar versetzten Lehrers. Kaum war Maria ein Jahr alt, nahm der Vater eine Stelle im Osten an. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte die Familie in das Rheinland zurück, zunächst war der Vater Prorektor am Lehrerseminar in Wittlich, dann Schulrat beim Regierungspräsidium in Köln und schließlich Regierungsdirektor in Düsseldorf. Zuletzt wurde er Vizepräsident des Oberpräsidiums von Pommern in Stettin. Dort machte Maria Terwiel ihr Abitur und studierte anschließend Rechtswissenschaft. Nach der „Machtergreifung“ wurde ihr Vater wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen und in den Ruhestand versetzt. Als Maria Terwiel feststellen musste, dass sie als „Halbjüdin“ - ihre Mutter war Jüdin - im Zuge der „Nürnberger Rassengesetze“ nach dem Studium keine Anstellung als Referendarin erhalten werde, brach sie ihr Studium ab. Sie ging daraufhin nach Berlin und arbeitete in einem französisch-schweizerischen Textilunternehmen. Wegen der Rassengesetze war eine Heirat mit ihrem Lebensgefährten Helmut Himpel, einem Zahnarzt, nicht



Die in Boppard geborene Maria Terwiel, Mitglied der „Roten Kapelle“, Foto um 1935

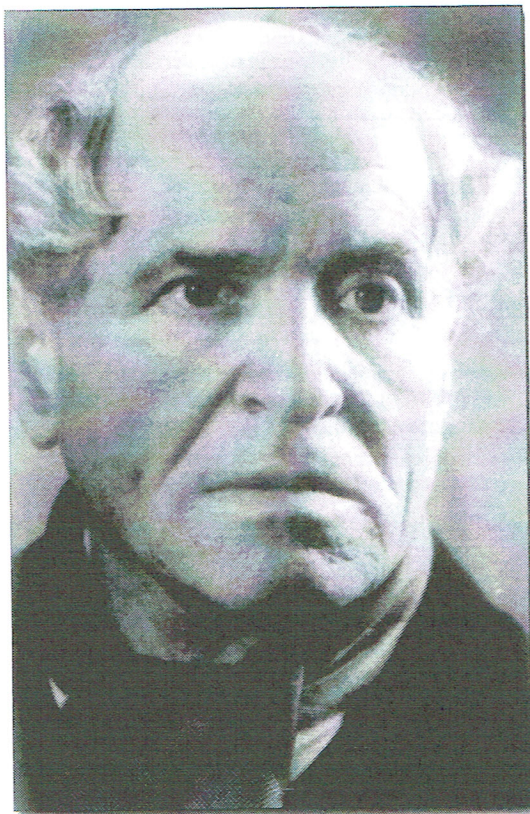
möglich. Durch einen Patienten Himpels erhielten die beiden Kontakt zu der Harnack / Schulze-Boysen-Organisation. Maria Terwiel war besonders aktiv bei der Verbreitung von Schriften und Flugzetteln, insbesondere bei der Publizierung der Predigten des Münsteraner Bischofs von Galen gegen die „Euthanasie“. Diese schrieb sie auf der Schreibmaschine mit zahlreichen Durchschlägen ab und versandte sie. Im September 1942 wurden Maria Terwiel und Helmut Himpel verhaftet und am 26. Januar 1943 wegen „Hochverrat und Feindbegünstigung“ vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt. Helmut Himpel wurde am 13. Mai 1943 hingerichtet. Maria Terwiel wurde am 5. August 1943 im Gefängnis Berlin-Plötzensee zusammen mit einer größeren Zahl von Widerstandskämpferinnen, wie es hieß „im Interesse der Kostenersparnis“, hingerichtet. Die Ablehnung des Gnadengesuchs trägt Hitlers eigenhändige Unterschrift.

Andere Regimegegner trafen sich in Berlin im sogenannten Solf-Kreis. Dieser zu Beginn der 30er Jahre um den ehemaligen deutschen Botschafter in Tokio Wilhelm Solf gebildete Kreis war eine lockere „Teegesellschaft“ mit Gesprächen über Kunst, Literatur und Politik. Nach dem Tod Wilhelm Solfs waren seine Ehefrau Johanna und deren gemeinsame Tochter Gräfin Lagi Ballestrem die Gastgeberinnen. Es war ein Kreis von Gleichgesinnten, denen eine liberale Grundhaltung und eine durch viele Auslandsaufenthalte geprägte Weltoffenheit eigen war. Sie waren zu-

nehmend besorgt über die Entwicklung in Deutschland und knüpften unter Wissenschaftlern, Künstlern, Politikern und hohen Militärs ein Netz von „Sympathisanten“ für die Zeit „nach Hitler“. Der Kreis unterstützte auch viele Juden und politisch Verfolgte tatkräftig.

Ein Mitglied dieses Kreises war der ehemalige Armeepfarrer und Professor der Philosophie Dr. Friedrich Erxleben.⁷⁰ Er stammte aus Koblenz, war hier im Jahre 1883 geboren, machte am Kaiserin-Augusta-Gymnasium (heute: Görres-Gymnasium) Abitur und ließ sich zum Sänger und Violinvirtuosen ausbilden. Später studierte er Theologie, nahm als Armeepfarrer am Ersten Weltkrieg teil, war Dozent an den Universitäten Prag und Wien für Vergleichende Religionswissenschaften, Professor für alte Sprachen im Jesuitenkolleg in Rom sowie Experte für asiatische, insbesondere indische Kultur; auch war er ein hervorragender Tenor und Oratoriensänger. Er hatte Kontakte und Freundschaften zu vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u. a. zu Dr. Carl Sonnenschein, Prof. Dr. Theodor Heuss, Carl Zuckmayer, Albert Einstein und zum französischen Botschafter André François-Poncet.

Im Laufe der Zeit gelang es der Gestapo, einen Spitzel in den Solf-Kreis einzuschleusen. Er bezeichnete Erxleben als die „treibende Kraft bei den defätistischen Unterhaltungen im Hause Solf“. Im Mai 1944 wurde Erxleben wegen seiner Verbindungen zum Solf-Kreis verhaftet. Man hielt ihn ge-



Der Koblenzer Pfarrer und Professor der Philosophie Friedrich Erxleben, Mitglied des „Solf-Kreises“, Foto um 1940

fangen in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen sowie im Gefängnis Berlin-Plötzensee. Im Oktober 1944 kam er in das Gestapogefängnis Lehrter Straße in Berlin. Unter dem Datum des 15. November 1944 legte der Oberreichsanwalt beim „Volksgerichtshof“ gegen Johanna Solf und fünf andere, darunter Friedrich Erxleben, eine Nachtragsschrift und Nachtragsanklageschrift vor.⁷¹ Man machte Erxleben und anderen Mitgliedern des Solf-Kreises wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung den Prozess vor dem „Volksgerichtshof“, weil sie - wie es in der Anklage hieß - „im Inland in den Jahren 1941 - 1943 in zahlreichen Unterhaltungen untereinander und mit anderen die zersetzende Idee verfochten [haben], das Reich werde den Krieg verlieren, und entsprechend ihrer reaktionären staatsfeindlichen Einstellung den gewaltsamen Sturz der nationalsozialistischen Staatsführung und ihre Ersetzung durch eine zum Abschluss eines Unterwerfungsfriedens geneigte ‚Regierung‘ propagiert [haben]. Damit sind sie zugleich zu Knechten unserer Kriegsfeinde geworden.“ Erxleben drohte die Todesstrafe, doch erging in seinem Verfahren kein Urteil. In der letzten Phase des Krieges, nach der Bombardierung des „Volksgerichtshofs“ durch die Alliierten und dem Tod Freislers Anfang Februar 1945, konnte die Hauptverhandlung nicht mehr „geordnet“ durchgeführt werden. Gleichwohl war er noch einmal in unmittelbarer Todesgefahr. Denn bei der Auflösung des Gestapogefängnisses Ende April 1945 wäre er - wie manche andere politische Gefangene - von den sich absetzenden Gestapoleuten fast noch ermordet worden. Durch eine glückliche Fügung gelang es ihm aber freizukommen. Unter der Haft hatte er aber viel zu leiden gehabt, seelisch und auch physisch, so war er beispielsweise wochenlang in einem Käfig eingesperrt, in dem er weder sitzen noch aufrecht stehen konnte.

Widerstand im Umfeld des 20. Juli 1944

Die bekannteste Aktion des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime - das Attentat des Obersten Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Führerhauptquartier Wolfsschanze in Ostpreußen auf Hitler anlässlich einer Lagebesprechung am 20. Juli 1944 und die sich daran anschließende Operation „Walküre“, mit der der Umsturz im Reich bewerkstelligt werden sollte - hat Bezüge zu Koblenz und seiner Region. Es handelte sich dabei um den Widerstand einzelner Militärs, zu denen auch einige Soldaten aus Koblenz und Umgebung gehörten.

Einer von ihnen war Philipp Freiherr von Boeselager. Er war der letzte Überlebende aus dem inneren Kreis um den sehr bekannten Mitverschwörer Henning von Tresckow. Philipp von Boeselager, damals Oberst, hatte zusammen mit seinem Bruder Georg Sprengstoff beschafft, der bei dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verwandt wurde. Der 1917 auf Burg Heimerzheim bei Bonn geborene Boeselager lebte lange Jahre bei Altenahr im Kreis Ahrweiler, dort starb er am 1. Mai 2008.⁷²

Erst in jüngster Zeit wurde ein anderer am Attentat vom 20. Juli 1944 Mitbeteiligter als aus der Koblenzer Region stammend „entdeckt“: Der Major Friedrich Graf von Schack.

Er wurde 1888 in St. Goar geboren. Nach dem Abitur, das er auf dem Gymnasium in Boppard ablegte, schlug er die Laufbahn eines Berufsoffiziers ein. Zuletzt war er in der Berliner Stadtkommandantur, einer wichtigen Kommandozentrale für die Operation „Walküre“ tätig. Schon einen Tag nach dem gescheiterten Attentat wurde er festgenommen und inhaftiert. Im Oktober 1944 verurteilte ihn der „Volksgerichtshof“ wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode. Am 15. Januar 1945 wurde von Schack im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.⁷³

Auch sonst lassen sich Verbindungen zum Widerstand des 20. Juli 1944 in den Koblenzer Raum feststellen. Denn der militärische Widerstand war kein isoliertes Phänomen. Er war eingebunden und – um eine Chance auf einen politisch-gesellschaftlichen Umsturz zu haben – angewiesen auf die Unterstützung durch zivile Oppositionsgruppen, wie etwa den von Carl Friedrich Goerdeler gebildeten Kreis nationaler Politiker sowie die von Wilhelm Leuschner und Julius Leber organisierte sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Untergrundbewegung. Außerdem bestand Kontakt zu Mitgliedern des „Kreisauer Kreises“. Diese um Hellmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg entstandene Widerstandsgruppe war politisch parteiübergreifend, doch überwiegend konservativ geprägt. Zu ihr gehörte aber auch eine Reihe prominente jüngerer Sozialdemokraten, neben Dr. Carlo Mierendorff und Theodor Haubach auch der in Bad Ems geborene Professor Dr. Adolf Reichwein.⁷⁵



Der Sozialdemokrat Adolf Reichwein aus Bad Ems, Mitglied des „Kreisauer Kreises“ (Foto Frühjahr 1944)

Adolf Reichwein kam in Bad Ems im Jahre 1898 als Sohn eines aus Heckholzhausen im Westerwald stammenden Volksschullehrers zur Welt. Hier verbrachte er seine frühe Kindheit, bis sein Vater mit der Familie im Jahre 1904 nach Ober-Rosbach bei Friedberg in Hessen übersiedelte. Geprägt durch die Jugendbewegung des „Wandervogel“, nach Abitur, Einsatz im Ersten Weltkrieg, einem sehr breit angelegten Studium in Frankfurt/Main sowie in Marburg/Lahn und Promotion war der Pädagoge Reichwein in vielen Funktionen für den Aufbau von Volkshochschulen, für die Lehrerfortbildung und für die Erwachsenenbildung, speziell für die Bildung der Arbeiter, tätig. Er wurde Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Akademie in Halle/Saale und dann aus politischen Gründen im April 1933 entlassen. Danach war er Lehrer einer Dorfschule bei Berlin, entwickelte ein alternatives Schulmodell und war von 1939 bis 1944 Museumspädagoge in Berlin.

Seit 1940 stand Reichwein im engen Kontakt mit dem „Kreisauer Kreis“. Die Verbindung von Protagonisten des zivilen Vertrauensleutenetzes um Leuschner zu den „Kreisauern“, so z. B. von Carlo Mierendorff und Theo Haubach kam im Wesentlichen durch seine Vermittlung zustande. Er war außerdem maßgeblich an der Abfassung des bildungs- und kulturpolitischen Programms der „Kreisauer“ beteiligt. Nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 schlossen sich Reichwein und einige andere „Kreisauer“ enger an Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg an und beteiligten sich auch an den unmittelbaren Umsturzvorbereitungen. Reichwein selbst galt als Anwärter für den Posten des Kultusministers in der geplanten antinazistischen Reichsregierung. Gleichzeitig wurde nun der Kontakt zu den allerorten bestehenden Widerstandszellen von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern sowie zum kommunistischen Widerstand zu intensivieren versucht. Treibende Kraft war hierbei neben dem sozialdemokratischen Arbeiterführer Julius Leber auch Adolf Reichwein, während Wilhelm Leuschner die Kontaktaufnahme mit dem KPD-Untergrund strikt ablehnte. Im Sommer 1944 nahmen Reichwein und Julius Leber mit Wissen und Billigung Stauffenbergs Verbindung mit KPD-Funktionären auf, u.a. mit Anton Saefkow in Berlin. Es sollten die Voraussetzungen für eine mögliche Kooperation nach dem Sturz Hitlers erkundet werden. Doch auf kommunistischer Seite operierte ein Gestapo-Spitzel. Reichwein wurde – wie auch Leber – am 4. Juli 1944 verhaftet. Nicht zuletzt diese Verhaftungswelle war für Stauffenberg Anlass, kurzentschlossen und persönlich das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 auszuführen.

Reichwein wurde dann 3 ½ Monate in den Folterkellern der Gestapo festgehalten, dabei wurde er nicht nur schwer misshandelt, sondern nachts sogar mit einer Kette an Beinen und Armen gefesselt. Am 20. Oktober 1944 begann der Prozess gegen ihn und andere Sozialdemokraten vor dem „Volksgerichtshof“ unter Vorsitz von Freisler. Trotz aller Misshandlungen und Demütigungen war er ungebeugt und aufrecht. Später sagte ein Mitangeklagter: „Mich packte eine tiefe Sympathie für diesen Mann. So wie er da stand, war er das Symbol alles Menschlichen, von dem selbst in diesem Augenblick alle Qual des Leidens abfiel.“ Adolf

Reichwein wurde dann mit weiteren Sozialdemokraten wegen „Landesverrats“ zum Tode durch den Strang verurteilt und nur wenige Stunden später im Hinrichtungsschuppen des Gefängnisses Berlin-Plötzensee erhängt.

Nachsatz

Dieser Aufsatz kann als erste spezielle Arbeit zum Thema nur vorläufige Forschungsergebnisse sichern und sie einem breiteren Publikum vorstellen. Die Widerstandsforschung geht unterdessen weiter. Wer sich noch eingehender und über die neuesten Ergebnisse informieren will, dem seien die Aktivitäten des Fördervereins Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz e. V. empfohlen, insbesondere dessen Dauerausstellung, die zurzeit und bis auf weiteres im Medienladen im Kurt-Esser-Haus in Koblenz gezeigt wird sowie die sehr inhaltsreiche Homepage des Vereins mit der Adresse:

www.mahnmal Koblenz.de

- ¹ Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um die etwas überarbeitete und erweiterte Fassung eines Aufsatzes, der in dem Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, Bd 31, 2006 veröffentlicht wurde. Wir danken dem Autor und HRSG. für die Abdruckgenehmigung
- ² Die erste größere und systematische Abhandlung zum Thema stammt vom Verfasser, vgl.: JOACHIM HENNIG, Verfolgung und Widerstand in Koblenz 1933 - 1945. Eine Skizze, in: Sachor. Beiträge zur jüdischen Geschichte und zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz, Ausgabe 1/99, Heft Nr. 17, S. 50 - 62 (Teil 1) und Ausgabe 1/00, Heft 18, S. 5 - 27 (Teil 2); künftig: Verfolgung und Widerstand, Teil 1, S. ... bzw. Teil 2, S. ...
- ³ Vgl. allgemein dazu: HANS-ECKHARD NIERMANN, Die Durchsetzung politischer und politisierter Strafjustiz im Dritten Reich. Ihre Entwicklung aufgezeigt am Beispiel des OLG-Bezirks Hamm. Düsseldorf 1995 (Band 3 der Schriftenreihe „Juristische Zeitgeschichte“ des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen) sowie: HEINZ BOBERACH, Justiz und Nationalsozialismus im Rheinland, in: Rheinische Vierteljahresblätter 1995, S. 211 - 229
- ⁴ Vgl. grundlegend: JÜRGEN SCHMÄDEKE/PETER STEINBACH (HRSG.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. München/Zürich 1994; PETER STEINBACH/JOHANNES TUCHEL (HRSG.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. 2004 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 438); Deutscher Widerstand 1933 - 1945 (Informationen zur politischen Bildung Nr. 243), Neuaufl. 2004
- ⁵ Vgl. zum Rotfrontkämpferbund im Rheinland allgemein: DETLEV PEUKERT, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945. Wuppertal 1980, S. 71 - 73
- ⁶ Die Darstellung folgt den Angaben in der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft Hamm vom 17. Februar 1934 und dem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 22. August 1934 gegen Peter Klein aus Metternich u.a. (Az.: O.J. 224/33), archiviert in: NW Staatsarchiv Münster (NW StA MS) Bestand Generalstaatsanwaltschaft Hamm, 1. Instanz 1933 - 1945, Nr. 12037
- ⁷ Vgl. dazu das Verfahren vor dem Oberlandesgericht Hamm gegen Josef Nax, das zur Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft Hamm vom 15. August 1933 und zum Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 9. Dezember 1933 (Az.: O.J. 245/33) führte, NW StA MS Bestand Generalstaatsanwaltschaft Hamm, 1. Instanz 1933 - 1945, Nr. 12168
- ⁸ Zu Jakob Newinger gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“, die der „Förderverein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz e. V.“ im Kurt-Esser-Haus in Koblenz (am Hauptbahnhof) präsentiert und die in Teilen dort ausgeliehen werden kann. Kontakt: Medienladen, Herr Dieter Krämer, Tel.: 0261/36243 sowie: www.mahnmal Koblenz.de
- ⁹ Vgl. dazu und zur Biografie JAKOB NEWINGERS insgesamt dessen 1969 niedergeschriebene Autobiografie, Eine Geschichte meines Lebens (masch., im Privatbesitz), hier: S. 28 f.
- ¹⁰ Die Verhältnisse in Koblenz, der Transport in die Emslandlager und die Situation dort werden dargestellt in dem Urteil des Schwurgerichts des Landgerichts Oldenburg gegen Emil Faust aus dem Jahr 1950, das Urteil ist abgedruckt in: ERICH KOSTHORST/BERND WALTER, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Emsland 1933 - 1945. Düsseldorf 1985, S. 70 - 79; vgl. auch JOACHIM HENNIG, Verfolgung und Widerstand, Teil 1, S. 51 f.; einer der Häft-

- linge war der Koblenzer Buchhändler und KPD-Stadtverordnete Richard Christ; vgl. zu diesem: JOACHIM HENNIG, „Wir sind die Moorsoldaten...“, in: Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 11. November 2000
- ¹¹ Vgl. zu Faust eingehend: HANS-PETER KLAUSCH, SS-Sturmführer Emil Faust (1899-1966) Kommandant des Konzentrationslagers Neu-sustrum, in: DERS., Tätergeschichten. Die SS-Kommandanten des frühen Konzentrationslagers im Emsland, 2005, S. 232-286. Zudem wird Faust unter seinem Namen eingehend beschrieben in dem autobiografischen Roman des in den Emslandlagern inhaftierten China-Experten, Sozialwissenschaftlers und Kommunisten Wittfogel (KARL AUGUST WITTFOGEL, Staatliches Konzentrationslager VII. Eine „Erziehungsanstalt“ im Dritten Reich. Bremen 1991 sowie: JOACHIM HENNIG, Verfolgung und Widerstand, Teil 1, S. 51 f.
- ¹² Vgl. „Eine Geschichte meines Lebens“, (Anm. 9), S. 28
- ¹³ Vgl. „Eine Geschichte meines Lebens“ (Anm. 9), S. 29 f.
- ¹⁴ Die Darstellung folgt den Angaben in der Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 20. April 1934 und dem Urteil des Volksgerichtshofs vom 14. August 1934 gegen Wilhelm Rott aus Lay u.a. (Az.: 15 J 734/33), Bundesarchiv Bestand R 3017, Nr. 15 J 734/33
- ¹⁵ Vgl. zu Wilhelm Rott die Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“ des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- ¹⁶ A.a.O. (Anm. 14)
- ¹⁷ Vgl. JOACHIM HENNIG, Vor 70 Jahren: Hochverrat in Neuwied?, in: Heimat-Jahrbuch 2004 des Landkreises Neuwied, S. 286 - 305 (hier: S. 289)
- ¹⁸ Schreiben des Bürgermeisters von Ahrweiler vom 24. September 1933 an den Landrat in Ahrweiler, Landeshauptarchiv Koblenz (LHA KO) Bestand 441, Nr. 21782, Bl. 793; kleiner Vorgang dazu: Bl. 785 - 796; vgl. zur Biografie von Eduard Martini im Übrigen: GÜNTER BERS, Eine Regionalgliederung der KPD. Der Bezirk Mittelrhein und seine Parteitage in den Jahren 1927/29. Reinbek bei Hamburg 1981, S. 163 f.
- ¹⁹ Vgl. dazu auch den Bericht des Regierungspräsidenten in Koblenz an das Geheime Staatspolizeiamt vom 21. Juli 1933 (LHA KO Bestand 441, Nr. 21782, S. 689), in dem es u.a. heißt: „Das scharfe Vorgehen gegen die KPD hat in den Kreisen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung zunächst jede Art der Propagandatätigkeit lahmgelegt. Die Inhaftierung der wenigen Leute, die als Führungspersönlichkeiten angesehen werden konnten, hat hier vielfach schon genügt, um die dem Bauernstand entstammenden Mitglieder vor weiterer Betätigung abzuschrecken.“
- ²⁰ Vgl. DETLEV PEUKERT, a.a.O. (Anm. 5), S. 102 f. sowie: KARL MEWIS, Im Auftrag der Partei. Erlebnisse im Kampf gegen die faschistische Diktatur, (Ost-)Berlin, 1971, S. 17
- ²¹ Vgl. dazu und zum Folgenden im Einzelnen: JOACHIM HENNIG, Vor 70 Jahren: Hochverrat in Neuwied?, a.a.O. (Anm. 17), S. 294 ff.
- ²² Urteil des Oberlandesgerichts Kassel vom 23. September 1933 (Az.: O.J. 104/33), Hessisches Staatsarchiv Marburg (Hess. StA MR) Bestand 251, Acc. 1985/34 Nr. 980 sowie auch: JOACHIM HENNIG, Vor 70 Jahren: Hochverrat in Neuwied?, a.a.O. (Anm. 17), S. 298 ff.
- ²³ Vgl. das Schreiben des Polizeipräsidenten in Koblenz vom 27. September 1933 an den Regierungspräsidenten in Koblenz, LHA KO Bestand 441, Nr. 21782, Bl. 817 und den anliegenden Bericht vom 15. September 1933
- ²⁴ Vgl. die Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft Hamm vom 15. Februar 1934 (Az.: O.J.728/33), NW StA MS Bestand Generalstaatsanwaltschaft Hamm 1. Instanz 1933 - 1945, Nr. 14372
- ²⁵ Die weitere Darstellung folgt den Angaben in der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft Hamm vom 29. Juli 1936 betr. Johann Wagner aus Koblenz-Lützel u.a. (Az.: 6 O. Js 656/35), NW StA MS Bestand Generalstaatsanwaltschaft Hamm 1. Instanz 1933 - 1945, Nr. 8363 sowie in dem Urteil des Volksgerichtshofs vom 22. Februar 1937 gegen Hans Breuer (Az.: 9 J 907/35), Bundesarchiv Bestand NJ 12621
- ²⁶ Vgl. dazu: KARL MEWIS, Im Auftrag der Partei, a.a.O. (Anm. 20), S. 21 f.
- ²⁷ Das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 14. November 1936 (Az.: 6 O. Js 656/35) ist nur noch in seinem Eingang (Rubrum) erhalten, NW StA MS Bestand Generalstaatsanwaltschaft Hamm 1. Instanz 1933 - 1945, Nr. 8364
- ²⁸ Urteil vom 22. Februar 1937 (Az.: 9 J 907/35), Bundesarchiv Bestand NJ 12621
- ²⁹ Für Informationen hierzu wie auch generell zu anderen Kommunisten und ihrem Widerstand danke ich Herrn HERMANN W. MORWEISER, Ludwigshafen, und seinem (privaten) Antifa-Archiv
- ³⁰ Vgl. zu dieser spektakulären Aktion: HANS-PETER KLAUSCH, Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999 unter besonderer Berücksichtigung des antifaschistischen Widerstandes. Köln 1987, S. 486 ff.
- ³¹ Vgl. ERNST GREVE, Der Reichstagsabgeordnete Nikolaus Thielen (masch., nicht veröffentlicht) sowie: JOACHIM HENNIG, Der Auftrag: Für die Partei in den Tod. Artikel in der Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 15. November 2001. Zu Klaus Thielen gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ³² Urteil des Volksgerichtshof vom 2. Juli 1935 (Az.: 17 J 454/34), Bundesarchiv Bestand R 3017 ORA/VGH, Nr. 17 J 454/34
- ³³ LHA KO Bestand 441, Nr. 21782, Bl. 673 f.
- ³⁴ Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 28. März 1938 und Urteil des Volksgerichtshofs vom 10. Juni 1938 (Az.: 9 J 684/37), Bundesarchiv Bestand VGH/Z S 85. Die nachfolgende Darstellung folgt der Sachverhaltsschilderung in der Anklageschrift und dem Urteil
- ³⁵ Vgl. JOACHIM HENNIG, Der Roman „Nackt unter Wölfen“ wurde ihr „Denkmal“, Artikel in der Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 5. Januar 1999; DERS.: Stichworte „Anneliese Hoevel“ und Andreas Hoevel“, in: HEINZ MONZ (HRSG.): Trierer Biografisches Lexikon. Trier 2000, S. 186; von Andreas Hoevel existiert ein „Nachlass“ (d.h. eine Materialsammlung über ihn) im Stadtarchiv Trier; zu André und Anneliese Hoevel gibt es jeweils eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ³⁶ Urteil des Oberlandesgerichts Kassel vom 2. März 1934 (Az.: O.J. 177/33), Hess. StA MR Bestand 251, Acc. 1985/34, Nr. 1860, Bl. 2 ff.
- ³⁷ Vgl. das Urteil des Oberlandesgerichts Kassel vom 1. Dezember 1934 (Az.: O.J. 145/34), Hess. StA MR Bestand 251, Acc. 1985/34, Nr. 1797
- ³⁸ Vgl. S. 117 f.

- ³⁹ Vgl. zu Rudolf Steinwand die Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“ des Fördervereins Mahmal Koblenz
- ⁴⁰ Vgl. das Urteil des Oberlandesgerichts Kassel vom 26. Juni 1942 (Az.: O. Js 41/42), Bundesarchiv Bestand NJ 2548
- ⁴¹ Vgl. zu ihm: JOACHIM HENNIG, Als SPD-Funktionär kam auch er ins KZ, Artikel in der Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 21. Dezember 2000; DERS.: Das Tagebuch vom Todesmarsch, in: Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 24. April 2001; KURT REDMER: Es geschah 1945 und 1946 bei und in Schwerin. Tagebücher, Berichte, Artikel. Plau am See 2003; zu Johann Dötsch gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁴² Vgl. zu ihm: Artikel in der Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 25. Februar 1999: „Glauben an ein anderes, besseres Deutschland“ sowie: WOLFGANG RÖLL, Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937 - 1945. Göttingen 2000, S. 35 f und 271; zu Hans Bauer gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁴³ Vgl. zu Gelhard I die Kurzbiografie in: WOLFGANG RÖLL, a.a.O. (Anm. 42), S. 285
- ⁴⁴ Vgl. zu Gelhard II die Kurzbiografie in: WOLFGANG RÖLL, a.a.O. (Anm. 42), S. 285
- ⁴⁵ Urteil des Oberlandesgerichts Hamm (Az.: 6 O.Js 228/35), NW StA MS Bestand Generalstaatsanwaltschaft Hamm 1. Instanz 1933 - 1945, Nr. 6476
- ⁴⁶ WOLFGANG RÖLL, a.a.O. (Anm. 42), S. 248 f.
- ⁴⁷ Die Literatur zu Pfarrer Paul Schneider ist sehr umfangreich. Statt vieler sollen hier erwähnt werden: FOLKERT RICKERS, Widerstehen in schwerer Zeit. Erinnerung an Paul Schneider (1897 - 1939). Ein Arbeitsbuch für den Religionsunterricht in den Sekundarstufen und für die kirchliche Bildungsarbeit. Neukirchen-Vluyn 1997; MARGARETE SCHNEIDER, Paul Schneider - der Prediger von Buchenwald, 4. Aufl., Neuhausen/Stuttgart 1996; sowie kurz: JOACHIM HENNIG, Er lehnte es ab, die Hakenkreuzfahne zu grüßen, Artikel in der Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 2./3. Januar 1999; s. auch den Videofilm: SABINE STEINWENDER, „Ihr Massenmörder - ich klage euch an“. Pfarrer Paul Schneider. Düsseldorf 2000 (dazu: FOLKERT RICKERS: Textheft [Ergänzende Informationen und Arbeitsvorschläge zum Film]. Düsseldorf 2000; zu Pfarrer Paul Schneider gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁴⁸ Vgl. dazu: MARTIN PERSCH, „Meine Zeit hier ist reich...“ - Die Trierer Märtyrerpriester im Konzentrationslager Dachau 1940 - 1945, in: Kurtrierisches Jahrbuch 1997, S. 157 - 182 sowie: HELMUT MOLL (HRSG.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Paderborn u.a. 1999, 2 Bände
- ⁴⁹ Die Literatur zu P. Franz Reinisch ist ebenfalls sehr umfangreich. Beispielhaft erwähnt seien: basis (Eine Zeitschrift aus Schönstatt) Heft 1 - 2/2003 „Pater Franz Reinisch“; KLAUS BRANTZEN, Pater Franz Reinisch. Sein Lebensbild. Ein Mann steht zu seinem Gewissen. Vallendar-Schönstatt 1993; sowie kurz: JOACHIM HENNIG, Er ließ sein Leben für den Glauben, Artikel in der Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 28. Dezember 1998; s. auch den Videofilm der Landesbildstelle Rheinland-Pfalz: Pater Franz Reinisch. Ein Mann steht zu seinem Gewissen. Koblenz 1989; zu P. Franz Reinisch gibt es auch eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁵⁰ Das Feldurteil des Reichskriegsgerichts vom 7. Juli 1942 ist abgedruckt in: NORBERT HAASE, Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Berlin 1993, S. 84 ff.
- ⁵¹ Vgl. dazu: DETLEV GARBE, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“, 2. Aufl., München 1994, S. 364 ff. (367 f.)
- ⁵² Vgl. dazu: DETLEV GARBE, a.a.O. (Anm. 51), S. 488
- ⁵³ Vgl. zur Familie Michaelis: JOACHIM HENNIG, (Nicht) Vergessene Opfer der Nazis: Die Familie Michaelis aus Neuwied, in: Heimat-Jahrbuch 2002 des Landkreises Neuwied, S. 315 - 325 und DERS.: Sie standen immer unerschütterlich treu zu Jehova, Artikel in der Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 22. November 2001; zur Familie Michaelis gibt es auch eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁵⁴ Weitere Zeugen Jehovas - teilweise auch nur Einzelpersonen - gab es etwa noch in Bad Kreuznach und in Idar-Oberstein; vgl. dazu und zum Folgenden: ANNEMARIE JAKOB (HRSG.), Trotz allem standhaft. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in Koblenz 1933 - 1945. Koblenz 2001
- ⁵⁵ Vgl. das Urteil des Kammergerichts in Berlin vom 21. Dezember 1944 (Az.: 12. O. Js. 549/44. (A)), Bundesarchiv Bestand ZC 12344
- ⁵⁶ Vgl. zu ihm: HORST-PIERRE BOTHIEN, Die Jovy-Gruppe. Münster 1995; DERS.: Edgar Lohner, Ein Schüler des Beethoven-Gymnasiums gerät in Konflikt mit dem NS-Staat, in: Unser ganzer Schulunterricht hinkt hinter dem Leben her. Jahresbericht Beethovengymnasium Bonn, Bonn 1989 sowie: JOACHIM HENNIG, Bündischer Mythos galt als Hochverrat, in: Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 14. Dezember 2000. Zu Edgar Lohner gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁵⁷ Az.: 2 Kls 8/40, LHA KO Bestand 584,1 Nr. 2299, Bl. 168 - 190
- ⁵⁸ Az.: 8 J 162/40, Bundesarchiv Bestand NJ 10143, Bd. 1
- ⁵⁹ Vgl. zu ihm: WOLFGANG P. FISCHER, Die Michaeltruppe. Schüler des Stiftsgymnasiums Andernach im Widerstand gegen das NS-Regime, in: Nachrichten der Vereinigung ehemaliger Salentiner, Nr. 26, März 1985, S. 6 - 13. Zu Willi Lohner, Hans-Clemens Weiler und die Michaelgruppe gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁶⁰ Die einzigen Angaben finden sich hierzu in dem Strafverfahren gegen Hans Blumensatt und andere vor dem Sondergericht Frankfurt/Main (Az.: 6 S. Ls. 77/41), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 461, Nr. 8262. Zu Hans Blumensatt gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁶¹ Vgl. Anm. 60.
- ⁶² Vgl. zu ihm bereits S. 122 f.
- ⁶³ Vgl. zu ihm bereits S. 120 f.
- ⁶⁴ Vgl. zu ihm und seiner Frau Juliana: JOACHIM HENNIG: „Tot oder lebendig“ hieß es auf den Plakaten, in: Rhein-Zeitung - Ausgabe Koblenz - vom 4. Januar 2001. Zu der Familie Salzmann gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“. Die Lebens- und Verfolgungsgeschichte von Hugo Salzmann, seiner Frau Juliana und deren Sohn

- Hugo wird neustens schriftstellerisch dokumentiert in: ERICH HACKL, Familie Salzmann, Zürich 2010
- ⁶⁵ Vgl. speziell zu ihr: LORE WOLF, Ein Leben ist viel zu wenig. (Ost-) Berlin 1973, S. 72 ff. und: HEIMO HALBRAINER, „In der Gewissheit, dass Ihr den Kampf weiterführen werdet“. Briefe steirischer WiderstandskämpferInnen aus Todeszelle und KZ. Graz 2000, S. 194 - 198
- ⁶⁶ Brief vom 5. Dezember 1938 - wie auch weitere Briefe Juliana Salzmanns aus dem Gefängnis in Koblenz und aus dem Frauen-KZ Ravensbrück - im Privatbesitz ihres Sohnes Hugo Salzmann, jun.
- ⁶⁷ Vgl. das Schreiben Hugo Salzmanns vom 2. September 1948, in: Bundesarchiv Bestand Z 42/IV/4531, Bl. 134 f.
- ⁶⁸ Az.: 9 J 124/42, Bundesarchiv Bestand NJ 7702
- ⁶⁹ Vgl. zu Maria Terwiel: JOHANNES TUCHEL, Maria Terwiel und Helmut Himpel: Christen in der Roten Kapelle, in: HANS COPPI/JÜRGEN DANIEL/JOHANNES TUCHEL (HRSG.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994, S. 213 - 225; RUND UM BOPPARD, 1959, Nr. 1 vom 3. Januar 1959 „Maria Terwiel. Ein Bopparder Kind Opfer des Widerstands“, sowie: JOACHIM HENNIG, Maria Terwiel (1910 - 1943) - Eine Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus aus Boppard/Rhein, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 2002, S. 547 - 563 sowie: JOACHIM HENNIG, Für die „Halbjüdin“ hieß es: „Hart werden! Fest bleiben!“, Rhein-Zeitung-Ausgabe Koblenz vom 7. Januar 1999. Zu Maria Terwiel gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁷⁰ Vgl. zu Erleben: ALFRED ERDEL, Pfarrer Prof. Dr. Friedrich-Theodor Erleben. Ein Priesterleben 1883 - 1955, o.O., o.J. (Bornheim 1989); WILFRIED MEYER (HRSG.): Verschwörer im KZ. Hans von Dohnanyi und die Häftlinge des 20. Juli 1944 im KZ Sachsenhausen. Berlin 1998, S. 228 - 231; sowie JOACHIM HENNIG, Mut, Leidenschaft und Heiterkeit - das waren seine Vermächtnisse, Rhein-Zeitung-Ausgabe Koblenz vom 23./24. Januar 1999; und DERS., Widerständiges Verhalten aus christlichem Glauben. Friedrich Erleben (1888-1955) zum 50. Todestag, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 2004, S. 509-541; zu Friedrich Erleben gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“
- ⁷¹ Anklageschrift vom 15. November 1944 (Az.: 2 J 578/44 gRs.), Bundesarchiv Bestand R 60 II/96, fol. 1
- ⁷² Vgl. im Einzelnen die Biografie Philipp von Boeselagers: JOHN ANTONIUS: Philipp von Boeselager - Freiherr, Verschwörer, Demokrat. 1994
- ⁷³ Erste Ergebnisse einer Spurensuche finden sich bei: CHRISTIANE MIBLING: Adolf Friedrich Graf von Schack, in: Staatliches Kant - Gymnasium (HRSG.): Festschrift Kant - Gymnasium Boppard, 2005, S. 32-33; sowie St. Goar ehrt Widerstandskämpfer, Rhein-Zeitung vom 4. Juli 2005
- ⁷⁴ Über den Rechtsanwalt Josef Wirmer, der 1944 wegen der Beteiligung an der Verschwörung zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde, hatte der beim Oberpräsidium in Koblenz tätige Dr. Alois Becker weitläufigen Kontakt zu dieser Gruppe. Vgl. dazu: ALOIS BECKER/WOLFGANG BECKER, Vom Oberpräsidium der Rheinprovinz zum Wiederaufbau der Verwaltungsstrukturen im Rheinland nach dem 2. Weltkrieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, Bd 26, 2000, S. 452-581, S. 453f., 519 ff.
- ⁷⁵ Vgl. zu Reichwein u. a. : ULRICH AMLUNG: „...in der Entscheidung gibt es keine Umwege.“ ADOLF REICHWEIN 1898-1944. Reformpädagoge, Sozialist, Widerstandskämpfer, 2. Aufl, 1999; zu Adolf Reichwein gibt es eine Personentafel in der Dauerausstellung „Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung“